NEWSLETTER

GEDENKSTÄTTEN UND ERINNERUNGSORTE IN SCHLESWIG-HOLSTEIN

Nr. 13, Juli 2018, 7. Jg.

Herausgegeben von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten

Redaktion: Dr. Harald Schmid

INHALT

3 EDITORIAL

4 **LEBENDIGE ERINNERUNG**

FORUM

5 Appell von Mailand, 1. Juli 2018

6 *Dorit Stenke* | Gedenkstätten sind Lernorte der Demokratie und der offenen Gesellschaft. Grußwort zu einer Berliner Diskussionsveranstaltung

10 *Stefanie Endlich* | Anmerkungen zur Situation der Gedenkstätten

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

14 *Dagmar Rösner* | Museumsberatung und -zertifizierung als Chance für Gedenkstätten

BERICHTE UND INFORMATIONEN

16 *Brigit Janzen* | Gedenkstättenkonzept: Aktive Rolle der Leitungsgruppe bei der Weiterentwicklung von Gedenkstätten

17 Erhöhung der Zuschüsse für Schülerfahrten zu Gedenkstätten

17 *Uta Körby* | Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

22 *Jens Rönnau* | Wozu Gedenkstätten? Ein Vortrag von Jan Phlilipp Reemtsma und eine Diskussion mit Experten der Erinnerungskultur

24 BGSH-Wissenschaftspreis 2018 an Dr. Martin Göllnitz verliehen

25 *Jochen Hilbert* | Pinneberg: Ein monströses Kriegerdenkmal als Zeichen für „Gottes Gerechtigkeit"?

27 *Olaf Nuckel* | Ein Konzept für die Gedenkstätte: Workshop des Trägervereins Henri-Goldstein-Haus

28 *Jens Rönnau* | „Urkatastrophe – Der Erste Weltkrieg und Kiel". Eine Ausstellung mit großem Begleitprogramm im Flandernbunker

32 *Karin Penno-Burmeister* | Rosen für das Lernen aus der Geschichte: Eirene-Tour 2018

33 „1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation". Programm der 12. Landesgedenkstättentagung 2018

34 Stellenausschreibung: Leitung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

36 *Ingo Wille* | Transport in den Tod

37 Gedenkorte für NS-Opfer im Kreis Segeberg

38 Lübeck: Ausstellungskatalog der Gedenkstätte Lutherkirche

39 LITERATURHINWEISE

40 **TERMINKALENDER**

41 IMPRESSUM

EDITORIAL

Als die Auschwitz-Überlebende und Germanistin Ruth Klüger am 27. Januar 2016 im Deutschen Bundestag über ihre Erfahrung mit der „modernen Versklavung als Zwangsarbeit in Nazi-Europa" sprach und auch Beispiele aus dem Verdrängungsprozess im Nachkriegsdeutschland anführte, schloss sie ihre Ansprache mit einer aktuellen Bemerkung: „Aber eine neue Generation, nein, zwei oder sogar drei Generationen sind seither hier aufgewachsen, und dieses Land, das vor achtzig Jahren für die schlimmsten Verbrechen des Jahrhunderts verantwortlich war, hat heute den Beifall der Welt gewonnen, dank seiner geöffneten Grenzen und der Großzügigkeit, mit der Sie syrische und andere Flüchtlinge aufgenommen haben und noch aufnehmen. Ich bin eine von den vielen Außenstehenden, die von Verwunderung zu Bewunderung übergegangen sind. Das war der Hauptgrund, warum ich mit Freude Ihre Einladung angenommen und die Gelegenheit wahrgenommen habe, in diesem Rahmen, in Ihrer Hauptstadt, über die früheren Untaten sprechen zu dürfen, hier, wo ein gegensätzliches Vorbild entstanden ist und trotz Hindernissen, Ärgernissen, Rückschlägen und Zweifeln noch weiter entsteht, mit dem schlichten und dabei heroischem Slogan: Wir schaffen das."

In den zweieinhalb Jahren seit Ruth Klügers Rede ist viel geschehen, in Deutschland, Europa und in der Welt. Doch Klügers Verbindung der historischen NS-Verbrechen mit der aktuellen Auseinandersetzung um Flucht, Asyl und Migration berührt unmittelbar auch die seit Jahren geführte Selbstverständnisdebatte in den Gedenkstätten.

„Wozu Gedenkstätten?" Diese Frage – Titel eines Vortrags von Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma und Fokus einer gleichnamigen Diskussionsveranstaltung mit ihm und weiteren Experten Ende Juni im Kieler Landeshaus – trifft gewissermaßen einen Nerv. Es geht dabei um die nicht nur in Schleswig-Holstein geführte Diskussion um – selbstgesetzte und zugeschriebene – Aufgaben jener Einrichtungen, die sich der kritischen Vergegenwärtigung des Nationalsozialismus widmen.

Welche Rolle soll beispielsweise der von Ruth Klüger angesprochene Kontext für die Arbeit von Gedenkstätten spielen – soll er das überhaupt? Präsidenten, Vizepräsidenten und Generalsekretäre der Internationalen Komitees der NS-Konzentrationslager artikulieren in einem aktuellen Appell ihre Empörung über die europäische Flüchtlingspolitik. Der NEWSLETTER dokumentiert diesen Appell.

Die Frage nach der Bedeutung von Gedenkstätten wird in weiteren Beiträgen aufgegriffen: in einer Rede von Staatssekretärin Dr. Dorit Stenke, die Gedenkstätten als „Lernorte der Demokratie und der offenen Gesellschaft" versteht, und in einem Essay von Prof. Dr. Stefanie Endlich. Letztere gibt unter anderem diese Antwort: „Lebendig bleiben sie [die Gedenkstätten] vor allem in ihrer Auseinandersetzung mit den Menschenrechten damals und im kritischen Umgang mit allen Versuchen einer politischen Instrumentalisierung."

Zu den Aufgaben von Gedenkstätten zählt auch das Feld der Professionalisierung – das Wie ist eng verbunden mit dem Wozu. Eine wichtige Perspektive eröffnet sich mit der nun beginnenden Vernetzung von Museums- und Gedenkstättenzertifizierung. Dagmar Rösner stellt im NEWSLETTER dieses Angebot vor.

Die neue Ausgabe des NEWSLETTERS bietet wieder eine breite Auswahl von Projekten, Veranstaltungsberichten, Neuigkeiten aus dem Land und von einzelnen Erinnerungsorten, Literaturhinweisen und Veranstaltungstipps.

Herzlich sei allen Beiträgerinnen und Beiträgern gedankt, die diese Ausgabe durch Texte und Fotos ermöglicht haben. Ein besonderer Dank geht dabei an Dr. Jens Rönnau für die verlässliche „Versorgung" (nicht nur) mit Veranstaltungsfotos. ◄

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet
Dr. Harald Schmid

LEBENDIGE ERINNERUNG

„Vor den Augen aller" – so hat die Lübecker Künstlerin Ute Friederike Jürß ihr „Gedenkzeichen in Erinnerung an die zur Zeit des Nationalsozialismus deportierten Mitbürgerinnen und Mitbürger" genannt. Es steht seit Dezember 2013 auf dem Vorplatz des Lübecker Hauptbahnhofes und vergegenwärtigt die Deportation hunderter Jüdinnen und Juden, Sinti, Roma und psychisch Kranker seit 1940 von diesem Bahnhof in die Todesstätten Nazi-Deutschlands. Der Titel spielt auf die Lübecker Zuschauer/innen der Deportationen an. Um den fortdauernden Prozess des Erinnerns zu symbolisieren, verändert sich die Installation permanent: Während die mittlere der drei weißen Fahnen stets gleich bleibt, mit einem Trauerflor versehen ist und die Aufschrift „PLATZ DER/DEPORTIERTEN/MENSCHEN/WÜRDE" trägt, werden die beiden äußeren Fahnen achtmal im Jahr ausgetauscht, jeweils zu entsprechenden Deportations-Gedenktagen sowie zum 27. Januar und 8. Mai. Die darauf zu lesenden Textfragmente stammen aus Abschiedsbriefen und Tagebüchern von Deportierten. Die hier ausgewählten aktuellen Aufnahmen zeigen zwei verschiedene Texte vom März (oben) und Juni 2018. – *Fotos: Dr. Harald Schmid* ◄

FORUM

Appell von Mailand, 1. Juli 2018

Die Präsidenten, Vizepräsidenten und Generalsekretäre der Internationalen Komitees der Nazi-Konzentrationslager haben sich – auf Initiative der Associazione Nationale Ex Deportati Nei Campi nazisti (ANED) – am 1. Juli 2018 in der Casa della Memoria in Mailand getroffen. Angesichts der aktuellen Bedrohungen gegen das Gedächtnis und gegen die Zukunft Europas und seiner MitbürgerInnen veröffentlichen wir folgenden feierlichen Aufruf:

Wir sind die Träger des Gedächtnisses der Überlebenden der Naziverbrechen: Dieses lebendige und schmerzvolle Gedenken macht aus uns die Sprecher für die abertausenden Männer und Frauen, die die Lager überlebt haben. Wir sind entweder Angehörige oder Nachkommen der Überlebenden bzw. normale BürgerInnen, die innerhalb ihrer verschiedenen Organisationen aktiv sind.

Es liegt uns am Herzen, die früheren KZ-Lager, die heute Erinnerungsorte geworden sind, zu schützen und sie vor dem Vergessen, der Banalisierung sowie der Zerstörung zu bewahren. Wir beziehen uns unter anderem auf den Entschluss des Europaparlaments vom 11. Februar 1993 betreffend den europäischen und internationalen Schutz für historische Denkmäler der Orte der Nazi-Konzentrationslager. Die jüngsten Angriffe auf die historische Substanz in Mauthausen und Flossenbürg empören uns zutiefst.

Wir sind empört, dass die europäischen Mitgliedsländer sich beim Votum einer Resolution der UNO für den Kampf gegen eine Verherrlichung des Nazismus am 21. November 2014 enthalten haben.

Gegenüber aller nationalistischen und populistischen Versuche, diese Orte der Barbarei sowie die Kämpfe und die Solidarität aus dem europäischen Gedächtnis verschwinden zu lassen, bleiben wir überaus wachsam.

Die allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 erinnert daran, dass „(...) die Nichtanerkennung und Verachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei geführt haben, die das Gewissen der Menschheit mit Empörung erfüllen (...)." Hunderttausende von Deportierten in die Nazilager sind die Opfer dieser Barbarei geworden.

Seit über siebzig Jahren sind die Überlebenden und ihre Nachkommen den Versprechen bei der Befreiung ihrer Lager treu geblieben. Unermüdlich haben sie sich für den Frieden und für die brüderliche Solidarität unter den Völkern eingesetzt. Durch ihr Zeugnis haben sie gegen Rassismus, Antisemitismus und Fremdenhass und die Thesen der Rechtsextremisten in Europa gekämpft.

Auf die Ankunft von Flüchtlingen, die von Krieg und Hunger getrieben sind, ist die Antwort von verschiedenen europäischen Staaten nicht eine humanitäre Aufnahme, sondern die Schließung ihrer Grenzen. Das Mittelmeer ist zu einem riesigen Friedhof geworden, wo die Hoffnungen von Tausenden von Männern, Frauen und Kindern ein Ende finden. Europa scheint sein Gedächtnis verloren zu haben: Viele Europäer waren, vor und nach dem Krieg, selber Flüchtlinge. Sie haben manchmal Solidarität erfahren, aber auch Diskriminierung und Zurückweisung. Europa muss die schrecklichen Lektionen seiner jüngsten Geschichte lernen und nicht die Augen vor seiner Verantwortung schließen:

Welche Werte wollen wir den jungen Generationen vermitteln? Egoismus und die Angst vor dem Anderen dürfen die Werte des Humanismus, die im Herzen unserer gemeinsamen Geschichte und unserer Verpflichtungen stehen, nicht ersetzen.

Wir appellieren deshalb an die vom Volk gewählten Vertreter in den verschiedenen nationalen und europäischen Institutionen und bitten sie, sich bei der Suche nach adäquaten Antworten in der Flüchtlingsfrage vor allem vom Respekt vor der Menschenwürde eines jeden leiten zu lassen.

Erste Unterschriften:

Associazione Nazionale Ex Deportati Nei Campi nazisti (ANED):
Dario Venegoni, Präsident presidente@aned.it
Aldo Pavia: Vize-Präsident aldo.pavia@inwind.it

Comité International de BUCHENWALD-DORA:
Dominique Durand, Präsident: cibd@buchenwald-dora.fr

Comité International de DACHAU:

Jean-Michel Thomas, Präsident jmthomas@wanadoo.fr
Preben Dietrichson, Administrator preben.d@online.no

Association des déportés et familles des disparus du camp de concentration de FLOSSENBÜRG et Kommandos:
Michel Clisson, Président
cm.clisson@wanadoo.fr

Comité International de MAUTHAUSEN
http://www.cim-info.org
Guy Dockendorf, Präsident
guy.dockendorf@culture.lu
Floriana Maris, Vize-Präsidentin floriana@studiomaris.com
Jean-Louis Roussel, Vize-Präsident jean-louis.roussel@univ-rouen.fr

Comité International de NATZWEILER-STRUTHOF:
Jean-Marie Muller, Präsident, cin-natzweiler-struthof@laposte.net
Claes Reksten, Generalsekretär

Amicale Internationale de NEUENGAMME:
Jean-Michel Gaussot, Président jmichelgaussot@yahoo.fr
Christine Eckel, Secrétaire générale, christineeckel@gmx.de

Comité International de RAVENSBRÜCK:
Ambra Laurenzi, Präsidentin: laurenzi.irk@gmail.com
Jeanine Bochat, Vize-Präsidentin: jeanine@bochat.eu

Quelle: http://www.cim-info.org ◄

Gedenkstätten sind Lernorte der Demokratie und der offenen Gesellschaft. Grußwort zu einer Berliner Diskussionsveranstaltung

Dorit Stenke

„Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus" – unter diesem Titel fand am 16. April 2018 in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung statt. Eingeladen hatte das FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland, die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland zusammen mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. In Vertretung der kurzfristig verhinderten Ministerin Karin Prien sprach Staatssekretärin Dr. Dorit Stenke ein Grußwort, das hier in leicht bearbeiteter Form wiedergegeben wird. (H.S.)

Meine Damen und Herren, kennen Sie Heidi Benneckenstein? Vielleicht haben Sie den Artikel über sie oder auch das Buch von ihr gelesen. Als ich ihr Buch „Ein deutsches Mädchen" in die Hand genommen habe, hat mich wirklich erschüttert, wie leicht es in den letzten zwanzig Jahren war und auch heute noch ist, in die Neonazi-Szene zu rutschen. Heidi Benneckenstein wächst in einer rechtsextremen Familie in Bayern auf, engagiert sich in militanten Jugendgruppen wie der „Heimattreuen Deutschen Jugend" – in ihrem Buch beschreibt sie, wie sie den Ausstieg geschafft hat.

Sie schreibt: „Heute ist die Szene heterogener und unübersichtlicher als jemals zuvor. Es gibt Nazis, die Graffiti sprühen, Nazis, die rappen, Nazis, die auf Techno-Raves gehen, Hipster mit Turnschuhen und Jutebeutel – eine gefährliche Entwicklung, weil man sie erstens nicht mehr von normalen Jugendlichen unterscheiden kann und zweitens die Schwelle sinkt, sich mit ihnen zu solidarisieren. Vor einigen Jahren erforderte es noch Mut, sich eine

Glatze zu rasieren, das war ein Bekenntnis, das wahrscheinlich Ärger einbrachte. Heute kann man sich in der rechten Szene verlieren, ohne dass Lehrer, Eltern oder Mitschüler es überhaupt bemerken."

Was bedeutet das für uns, die wir öffentliche Verantwortung für Kinder und Jugendliche tragen? Wir sind heute mehr denn je gefordert, genau hinzuschauen, unseren Kindern und Jugendlichen Hilfestellungen zu geben und Vorurteilen, Fake-News und Extremismus zu begegnen. Und wir sind aufgefordert, unsere authentischen Erinnerungsorte zu bewahren, um an ihnen Geschichte zu bewahren, Geschichten zu erzählen und zum Nachdenken anzuregen.

Wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, damit Geschichte sich nicht wiederholt und totalitäre Ideologien nie wieder politischen Boden in Deutschland gewinnen können. Eine Erinnerungskultur ist auch deshalb so wichtig, weil sie Teil unserer deutschen Identität ist. Als Einwanderungsgesellschaft erwarten wir zu Recht, dass unsere Grundwerte und unsere Geschichte von Menschen, die zuwandern, respektiert werden. Aber wir müssen uns schon die Mühe machen, unsere Geschichte zu erzählen und zu erklären.

In einem TV-Interview sagte der deutsch-iranische Schriftsteller Navid Kermani vergangene Woche, was *er* als spezifisch deutsch betrachtet: „Spezifisch deutsche Werte – das ist wohl kaum Leberwurst oder Brezel. Das spezifisch Deutsche wäre wohl das, was man unter Erinnerungskultur versteht. Der Kniefall von Warschau war ein identitätsstiftender Moment." So der Träger des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels.

Wir brauchen diese Erinnerungskultur aber auch deshalb, weil Kinder und Jugendliche heute wieder Opfer von religiösem Mobbing – zum Beispiel an Schulen – werden. Weil sie offen Opfer von, viele sagen auch: eines migrantischen Antisemitismus werden. Das ist eine neue Herausforderung, vor der unsere Gesellschaft steht und da muss unsere Antwort als Gesellschaft klar und eindeutig sein. Und: Wir stehen dieser neuen Herausforderung nicht sprachlos gegenüber. Zum einen berichten die Medien ausführlich darüber, zum anderen werden diese Diskussionen an vielen Schulen aufgegriffen.

Staatssekretärin Dr. Dorit Stenke bei Ihrem Grußwort in Berlin. – *Fotos: Heike Muß*

Es gibt auch unter jungen Migranten Menschen wie den Neuköllner Yigit Muk, der mit seinem beeindruckenden Lebenslauf und klarem Engagement gegen religiöses Mobbing Zeichen setzt. Seine Botschaft ist heute Freundschaft und Austausch zwischen Jugendlichen verschiedenen Glaubens.

Die Teilnehmer/innen der Podiumsdiskussion in Berlin (v.l.): Dr. Detlef Garbe (KZ-Gedenkstätte Neuengamme), Dr. Kirsten Kappert-Gonther (Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grüne), Dr. Angelika Königseder (Berlin), Marianne Schieder (SPD-Bundestagsfraktion), Dr. Harald Schmid, Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten/FORUM), Burak Yilmaz (Projekt „Junge Muslime in Auschwitz").

Gedenkstätten leisten Erinnerungsarbeit. Sie geben Denkanstöße. Das ist der analoge Weg gegen die Radikalisierung auch in digitalen sozialen Netzwerken. Es ist auch in Zeiten der Digitalisierung ein wirkmächtiges Mittel, aus der Vergangenheit zu lernen. Dennoch: Erinnerungsarbeit „digital" kann und muss ein wichtiger Teil unserer Strategie gegen Extremismus und für Toleranz sein. Wir sollten die Möglichkeiten der neuen Kommunikationstechnologien nutzen, um gerade jüngere Menschen zu erreichen. Um Erinnerungsarbeit neu zu vernetzen, zum Beispiel mit Schulen, auch den Ehrenamtlern, den Engagierten in Projekten. Wir können Erinnerung damit auch multimedial abrufbar gestalten. Wir leben in einer Zeit, in der die Generation der Augenzeugen leider zunehmend verstummt. Digitale Medien bieten die Möglichkeit, ihr Zeitzeugnis und auch wichtige Dokumente lebendig und weiterhin zugänglich zu halten.

Ich darf Ihnen kurz die aktuelle Gedenkstättenarbeit in Schleswig-Holstein skizzieren:

- Wir haben übers Land verteilt zwölf Gedenkstätten, Erinnerungsorte und Initiativen, die seit 2012 in der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein (LAGSH) organisiert sind, einem der Gründungsmitglieder des Forums der Landesarbeitsgemeinschaften der Gedenkstätten.
- Wir haben seit 2002 die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, die die Landesmittel nach einem Votum des Wissenschaftlichen Beirates und der Vorstandsentscheidung vergibt. Landesmittel, die sich im Übrigen in den letzten Jahren auf aktuell 375.000 Euro fast verzehnfacht haben und die in Kürze durch eine dreijährige Kontraktförderung mittelfristig abgesichert werden.
- Mit dieser finanziellen Ausstattung werden unter anderem in diesem Jahr ein Gedenkstättenführer, der Aufbau einer fachlichen Hauptamtlichkeit und Maßnahmen zur Inklusion in Gedenkstätten gefördert. Und wir haben seit 2015 ein Landesgedenkstättenkonzept, in welchem politisch verantwortliche Politiker und Aktive in der Gedenkstättenarbeit erstmals ein gemeinsames Verständnis und gemeinsame Ziele formuliert haben.

- Wir konnten eine Servicestelle einrichten, zahlreiche bauliche Modernisierungen und Erweiterungen auf den Weg bringen und bezuschussen Schülerfahrten zu Gedenkstätten im Land mit 15.000 Euro pro Jahr. Darüber hinaus besteht seit 2017 eine Kooperationsvereinbarung mit der Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem.
- Nachdem ein erster Antrag aus der Bundesgedenkstättenförderung für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund erfolgreich war, werden zurzeit Überlegungen zu einem weiteren Bundesantrag angestellt, vielleicht länderübergreifend gemeinsam mit Mecklenburg-Vorpommern.

Wir sind sehr froh, dass wir mit dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur eine gute Voraussetzung haben, die Bereiche Kultur und Bildung noch stärker miteinander zu verzahnen. Als Teil der kulturellen Infrastruktur bieten die Gedenkstätten die Erfahrung von Traditionen, Ideen und Geschichte an. Sie sind genau wie unsere Schulen auch Lernorte der Demokratie und der offenen Gesellschaft. Im besten Sinne wird hier kritisches Denken gefördert und es werden Möglichkeiten zur Identifikation geschaffen. Deshalb ist es mir so wichtig, schulische und außerschulische Angebote noch besser miteinander zu verknüpfen.

Das ist es, was von der Politik erwartet werden kann: Dass wir Initiativen anregen und Dialog anbieten, um tiefes Misstrauen und Hass aufzubrechen und Verständnis zu schaffen. Der von mir eingangs erwähnte Yigit Muk schlägt zum Beispiel Patenschaften zwischen Schulen und israelischen Kibbuzen vor. Er möchte weiterhin den interkulturellen Dialog intensivieren. All das, so Muk, helfe den Jugendlichen dabei, mehr das Gemeinsame als das Trennende zu erkennen. Es ist gut, dass es diese Stimmen junger Migrantinnen und Migranten in Deutschland gibt.

Gedenkstätten sind nicht nur Dokumentationsstätten im Sinne der „Beweissicherung", sondern auch Orte der Auseinandersetzung, des Lernens und des Dialogs. Sie fördern selbständiges Denken und Urteilen. Daher halte ich eine noch intensivere Zusammenarbeit von Schulen und Gedenkstätten für unerlässlich und notwendig.

Andreas Ehresmann vom Sprecherrat des FORUMS begrüßt das Publikum.

Deshalb finde ich auch die aktuelle Diskussion um Pflichtbesuche junger Menschen in Gedenkstätten wichtig. Ich unterstütze es, dass Jugendliche in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte mit Bezug zu NS-Verbrechen besuchen.

Auch weil die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und eine klare, kompromisslose Haltung zu Antisemitismus Teil unserer Identität ist. Dies muss aber eingebettet in den Unterricht oder geeignete Projekte sein und gut vor- und nachbetreut geschehen. Eine Verpflichtung in Form eines Erlasses erscheint mir dabei nicht zielführend.

Andere Mittel halte ich hier für erfolgversprechender. Etwa die Bezuschussung von Schulfahrten zu Gedenkstätten oder auch die Kooperation mit der Bethe-Stiftung, die Fahrten nach Polen ermöglicht. Oder ein Anknüpfen an die aktuelle Diskussion. So gibt es 50 Jahre nach „68" zahlreiche Dokumentationen über die APO und die Studentenproteste. Die 68er rückten die Verantwortung ihrer Väter-Generation ins Bewusstsein, schufen die Grundlage für eine breite Debatte – in einer

Zeit, wo viele lieber noch schweigen wollten und zur Tagesordnung übergehen.

Was für eine Chance, über diese Zusammenhänge zu diskutieren – auch in den Schulen, in den Medien! Auch ein Thema des „Generationenwechsels": Wie gehen verschiedene „Alterskohorten" mit der deutschen Geschichte um? Unter veränderten gesellschaftlichen Umständen.

Gerade deshalb auch freue ich mich sehr, dass es gelungen ist, Burak Yilmaz für den heutigen Abend zu gewinnen. Er organisiert seit 2012 im Rahmen des Projektes „Junge Muslime in Auschwitz" Fahrten von Jugendlichen muslimischen Glaubens in die Gedenkstätte Auschwitz. Dieser Besuch wird intensiv vorbereitet und die Erfahrungen der Jugendlichen fließen ein in ein Theaterstück. Sein Satz: „Viele dieser Jugendlichen merken erst in der Gedenkstätte, was Antisemitismus bedeutet. In Deutschland fühlen sie sich oft ausgegrenzt."

Noch ist das ein Pilotprojekt aus Duisburg-Obermarxloh. Wir brauchen solche Projekte, auch bei uns in Schleswig-Holstein und ich würde mir wünschen, dass wir etwas Ähnliches in unserem Nachfolgeprojekt der Jungen Islamkonferenz integrieren oder über die Schülerfahrten fördern können.

Ich freue mich daher sehr, dass die neue Bundesregierung die Erinnerungskultur stärken wird: Ausdrücklich erwähnt sie im Koalitionsvertrag, dass jüngere Menschen dazu bewegt werden sollen, Gedenkstätten zu besuchen. Sie will das Programm „Jugend erinnert" ins Leben rufen, um Gedenkstättenfahrten mit Workshops zu fördern. Und ein weiterer wichtiger Impuls: Keine Erinnerungsarbeit ohne Forschung! Der Blick auf die Vergangenheit kann nicht abgeschlossen werden und ist nicht abgeschlossen! Deshalb ist es gut, dass im Berliner Koalitionsvertrag ausdrücklich eine Ausweitung der Forschungsförderung in Aussicht gestellt wird.

Dr. Dorit Stenke ist Staatssekretärin im Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. ◄

Anmerkungen zur Situation der Gedenkstätten

Stefanie Endlich

„Wozu Gedenkstätten? Erinnern an den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch heute" – so lautete der Titel einer Veranstaltung am 29. Juni 2018 im Landeshaus Kiel. Eingeladen hatte die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, die Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. und der Landesbeauftragte für politische Bildung. Nach einem Vortrag von Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma zum Thema „Wozu Gedenkstätten?" sprachen die Publizistin Prof. Dr. Stefanie Endlich und Dr. Felix Klein, der Beauftragte der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus, mit Jan Philipp Reemtsma über Gegenwart und Zukunft der Gedenkstätten (siehe dazu auch den Bericht in diesem NEWSLETTER*). Stefanie Endlich fasste für den* NEWSLETTER *einige ihrer Überlegungen zusammen. (H.S.)*

Gedenkstätten, die der Erinnerung an den Nationalsozialismus gewidmet sind, stehen in einem schwierigen Spannungsfeld zwischen gesellschaftskritischem Ansatz und staatstragenden Funktionen und Erwartungen. Der kritische Ansatz wurzelt im Engagement der Bürgerinitiativen, die in der alten Bundesrepublik und in West-Berlin die Einrichtung der Gedenkstätten bewirkt und oft auch gegen gesellschaftliche Widerstände erkämpft haben.

Eine begründete Skepsis gegenüber der Indienstnahme durch den Staat beruht nicht zuletzt auf den Erfahrungen im Osten, insbesondere mit den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten der DDR, deren Arbeit eng an die politischen Leitlinien der SED gebunden war. Das Selbstverständnis der Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung beinhaltet neue Formen der Erinnerungs- und Gedenkkultur, in der den NS-Gedenkstätten eine wichtige Rolle zukommt. Bund, Länder und Kommunen haben die Förderung von Gedenkstätten in ihr Aufgabenprogramm übernommen. Im Gegenzug erwarten sie von ihnen einen Beitrag zur

Identitätsvermittlung, auch zur „nationalen" Selbstvergewisserung.

Die Stätten der Erinnerung an NS-Verbrechen haben von der frühen Nachkriegszeit bis zur Gegenwart unterschiedliche Entwicklungsetappen durchlaufen. Im Rückblick zeigt sich, wie zeitgebunden ihr Profil jeweils gewesen ist. In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich ihr Wandel von „Mahnstätten" zu zeithistorischen Museen vollzogen, was vor allem bedeutet, dass sie in all ihren Aufgabenbereichen auf wissenschaftlicher Grundlage arbeiten, sachlich-dokumentierend, multiperspektivisch, ideologiekritisch, in zeitgemäßer Auseinandersetzung mit musealen und pädagogischen Anforderungen.

Zugleich sollen sie jedoch auch – mit ihren umfassenden Vermittlungsangeboten und ihrem ästhetisch überzeugenden Erscheinungsbild – als Beleg für erfolgreiche gesellschaftliche Aufarbeitung der NS-Geschichte dienen. Hinzu kommt, dass die großen Gedenkstätten zu Zielen eines neuen Massentourismus geworden sind, der speziell auf „Event"-Angebote und auf berührende „authentische" Begegnungen mit einer dramatischen Vergangenheit setzt. Entspannung und emotionale Erschütterung werden dabei oft gleichermaßen gesucht.

Wie können sich die Gedenkstätten in diesem schwierigen Spannungsfeld zurechtfinden? Wie können sie den „neuen" Problemen begegnen, die oft gar nicht neu sind, aber in jüngster Zeit verstärkt auftreten: den rechtsextremen Aktivitäten, der Verachtung der Demokratie, der Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen, dem zunehmenden Antisemitismus, der Rückkehr zu nationalen Denkmustern, dem Rechtspopulismus, der Sehnsucht nach heroischen Selbstbildern, dem Verlust an Weltoffenheit und Liberalität, der Entpolitisierung durch Konsum- und Medienverhalten?

Die Erwartungen in Gesellschaft und Politik, dass diese Gedenkstätten in besonderer Weise zur Demokratieerziehung beitragen könnten, da sie an den historischen Orten der Verbrechen, die die Unterdrückung und Vernichtung der Menschen bis hin zum Völkermord als extremes Ergebnis menschenverachtender Politik in Erinnerung rufen, sind hoch, aber unrealistisch. Gedenkstättenbesuche bewirken keine Immunisierung gegenüber aktuellen antisemitischen oder rassistischen Entwicklungen, schon gar nicht die derzeit in der öffentlichen Debatte von manchen gewünschten Pflichtbesuche für Schulklassen oder andere Zielgruppen.

Prof. Dr. Stefanie Endlich auf dem Podium im Landeshaus Kiel mit Moderator Guido Froese.
Foto: Dr. Harald Schmid

Die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Verfolgung mündet keineswegs automatisch in einer Sensibilisierung gegenüber antidemokratischen Tendenzen heute. Aus gedenkstättenpädagogischer Sicht sei es, so wird vielfach argumentiert, problematisch, vielleicht sogar didaktisch kontraproduktiv, bei Gedenkstättenbesuchen Parallelisierungen zwischen NS-Terror und Verbrechen anderer Regime herzustellen. Es gehe zunächst und vor allem darum, sich mit den spezifischen Bedingungen und Folgen des nationalsozialistischen Terrors auseinanderzusetzen. Im besten Fall erwachse daraus ein eigenständiges Urteilsvermögen gegenüber aktuellen Entwicklungen.

In diesem Sinn kann auch der Hinweis in Jan Philipp Reemtsmas Beitrag verstanden werden: Keine „Nutzanwendung für die Gegenwart", keine Sinnsuche oder Sinnstiftung will er den Gedenkstätten auferlegt sehen. Wichtig ist ihm das „Bewusstsein von der Fragilität unserer Zivilisation", das in Gedenkstätten „bewahrt wird". So ist es in den Ausstellungs- und Vermittlungsangeboten der Gedenkstätten zunehmend wichtiger geworden, jene Ideologien und Maßnahmen zu untersuchen, die zur immer weiter verschärften Ausgrenzung gesellschaftlicher Gruppen und zur Zerstörung der Demokratie geführt haben. Kritische Reflexionen über Bezüge zur Gegenwart können dabei entstehen und später vertieft werden.

Hilfreich für Überlegungen zur Rolle der Gedenkstätten in Gegenwart und Zukunft, gerade auch im Blick auf die schwierige Entwicklung der Gedenkkultur in Europa, sind auch die Überlegungen von Prof. Dr. Volkhard Knigge, Historiker an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und Leiter der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora. Er weist darauf hin, dass Erinnerung immer öfter als Gefühl von Freude und Stolz auf eine gelungene Leistung verstanden wird und immer weniger als kritische Auseinandersetzung mit einer schwierigen Geschichte. Es sei eine wesentliche Aufgabe der Gedenkstätten, einer solchen Haltung entgegenzuwirken. In einer Veranstaltung im Sommer 2018 bezeichnete er Gedenkstätten zur NS-Geschichte als „Orte des Diskurses". Ihre Entstehungsgeschichte als europäische Orte lasse sie als besonders geeignet erscheinen, die unterschiedlichen Repressionserfahrungen und „Narrative" aller Menschen, Gruppen und Nationen wahrzunehmen und kennen zu lernen.

Tatsächlich sind in einer Zeit, in der sich eine zunehmend zweigeteilte europäische Gedenkkultur – für Holocaust- und für GULAG-Opfer – herausbildet, solche „Orte des Diskurses" notwendig, um Verständigung wieder möglich zu machen. Gedenkstätten für Opfer des NS-Regimes können dazu beitragen, jene nationalistischen Selbstbilder zu hinterfragen, die auch in Deutschland mit dem oft geäußerten Wunsch nach einer „positiven Erinnerungskultur" immer mehr Raum finden.

Geschichte des Nationalsozialismus ist europäische Geschichte. Europa war Ziel der Unterwerfung und des Vernichtungskrieges. Ghettos, Erschießungsstätten, Internierungs-, Zwangsarbeiter-, Konzentrations- und Vernichtungslager dehnten sich über das ganze besetzte Europa aus. Auch die Lager auf dem Gebiet des Deutschen Reiches wiesen nach Kriegsbeginn einen hohen Anteil ausländischer Häftlinge auf. Ihre Gedenkstätten waren daher von Anfang an gesamteuropäische Erinnerungsorte, wenngleich das öffentliche Bewusstsein darüber bald nach 1945 weitgehend verloren ging und erst seit einiger Zeit wieder zurückgekehrt ist.

Gerade auch auf den Erfahrungen dieser Lager basieren die Menschenrechts-Orientierung der demokratischen Nachkriegsgesellschaften, darunter auch das im deutschen Grundgesetz verankerte Asylrecht, und die Ideen eines europäischen Zusammenhaltes, die heute wieder extrem gefährdet sind. Überlebende der Lager, von denen heute nur noch wenige am Leben sind, hatten damals gehofft, dass der Zivilisationsbruch des NS-Regimes „die Menschheit zur Umkehr bewegen würde", wie Prof. Dr. Günter Morsch, bis Mai 2018 Leiter der Stiftung Brandenburgische Gedenkstätten, in einem *SPIEGEL*-Gespräch im Frühjahr des Jahres formuliert hat. Auch Günter Morsch wendet sich wie Volkhard Knigge gegen jede Form des „Erinnerungsstolzes" und sieht eine zentrale Aufgabe der Gedenkstätten darin, das kritische Bewusstsein, das in ihren Entstehungsgeschichten angelegt ist, zu bewahren.

Trotz des enormen Besucheranstiegs wird es nicht leicht sein, die Gedenkstätten lebendig zu halten. Wie kann die Arbeit mit der Erinnerung als dauerhaft widerständiges „Work in Progress" weitergeführt werden, wenn die neuen Häuser nach architektonisch interessanten Entwürfen gebaut, die Dokumentationsausstellungen auf dem neuesten Stand der

Forschung realisiert, die Außenanlagen der historischen Gelände perfekt gestaltet und pädagogische Vermittlungsprogramme optimal entwickelt sind? Lebendig bleiben sie vor allem in ihrer Auseinandersetzung mit den Menschenrechten damals und im kritischen Umgang mit allen Versuchen einer politischen Instrumentalisierung. Lebendig bleiben sie auch bei der Entwicklung immer neuer Konzepte zum Umgang mit den medial geprägten Erwartungen der Besucherinnen und Besucher und ihren – angesichts der Leere und der fehlenden Dramatik der Orte – oft eintretenden Enttäuschungen, die aber gerade wichtige Ansatzpunkte für Diskussionen sein können. Die-Gedenkstätten können dazu beitragen, komplexe historische Prozesse zu verstehen und Geschichtsdarstellungen grundsätzlich als zeitgebundene Narrative zu erkennen. Der Historiker Prof. Dr. Habbo Knoch schrieb 2016, sie sollten „Orte der Selbstverunsicherung" sein – eine ungewöhnliche, eher widerspenstige Wortschöpfung, die treffend auf die schwierigen Herausforderungen der Zukunft verweist.

Prof. Dr. Stefanie Endlich ist Honorarprofessorin für Kunst im öffentlichen Raum an der Universität der Künste Berlin. ◄

PINNWAND

PROJEKTE UND PERSPEKTIVEN

Museumsberatung und -zertifizierung als Chance für die Gedenkstätten

Dagmar Rösner

Museen stehen heute vor großen Herausforderungen: Die Zahl der Bildungsbürger, für die ein Museumsbesuch ganz selbstverständlich zum alltäglichen Leben gehörte, ist auf vier Prozent gesunken und sie stehen heute in Konkurrenz zu einem immer größer werdenden Freizeitangebot. Um in diesem Überangebot nicht unterzugehen und ihre wertvollen Inhalte weiterhin einer großen Öffentlichkeit zu vermitteln, müssen Museen sich den geänderten Bedürfnissen der Gesellschaft stellen, ohne dabei ihre eigenen Werte – das Sammeln, Bewahren, Vermitteln und Erforschen unseres Kulturguts – aus dem Blick zu verlieren.

So sind die Museen heute gefordert, neben ihren klassischen Aufgaben eine interaktive und ansprechend gestaltete Dauerausstellung zu präsentieren, ein gut durchdachtes Vermittlungskonzept für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu entwickeln, ganz aktiv Kontakte zu Schulen und Vereinen zu suchen, Strategien für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit und das Marketing zu erarbeiten, Förderungen und Sponsoren zu gewinnen und sich Themen wie der Inklusion und der kulturellen Vielfalt zu stellen.

Laut Statistik des Instituts für Museumsforschung in Berlin zählt Schleswig-Holstein 263 Museen und Sammlungen, über 56 Prozent von ihnen sind rein ehrenamtlich geführte Heimatmuseen im ländlichen Raum. Im Gegensatz zu den vom Land finanzierten oder mitgetragenen Museen wie etwa der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloss Gottorf oder der Stiftung Schloss Eutin und den kommunalen Einrichtungen, zu denen die Stadt- und Kreismuseen zählen, erhalten die ehrenamtlich geführten Museen keinerlei öffentliche Förderung und werden überwiegend von bürgerschaftlichen Vereinen getragen.

Insbesondere diesen Einrichtungen, aber auch den meisten Stadt- und Kreismuseen, mangelt es an finanziellen und personellen Ressourcen, um ihre Dauerausstellung zeitgemäß aufzustellen, abwechslungsreiche Sonderausstellungen zu präsentieren, ihre Inhalte angemessen didaktisch aufzubereiten und zu vermitteln und zudem noch Forschungsarbeit zu leisten. Die Folge sind rückläufige Besucherzahlen und nicht selten eine drohende Schließung eines Museums.

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, wurde 2013 die „Museumsberatung und -zertifizierung in Schleswig-Holstein" eingeführt, deren Ziel es ist, durch Beratung und Weiterbildung der Museen ihre Qualitätsentwicklung und Professionalisierung nachhaltig zu fördern, ihre Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und auf diese Weise die vielfältige Museumslandschaft in Schleswig-Holstein dauerhaft zu erhalten. Die Beratung und Fortbildung werden auf der Grundlage der 2006 vom International Council of Museums (ICOM) definierten Standards für Museen sowie kulturtouristischer Erfahrungswerte durchgeführt. Die Museumsberatung und -zertifizierung in Schleswig-Holstein wird zu 80 Prozent vom Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur Schleswig-Holstein finanziert, zehn Prozent von der Sparkassenstiftung Schleswig-Holstein und weitere zehn Prozent werden durch Eigenmittel erwirtschaftet.

Um die Museen angemessen begleiten und für jedes Haus einen individuellen Maßnahmenplan zur Optimierung erarbeiten zu können, werden in jedem Jahr maximal zehn Museen

in das Verfahren der Beratung und Zertifizierung aufgenommen. Bisher können 25 Museen auf eine erfolgreiche Zertifizierung zurückblicken: vom Museum der Landschaft Eiderstedt in St. Peter-Ording über das Wenzel-Hablik-Museum in Itzehoe, das Industriemuseum Elmshorn bis hin zum Museumsberg Flensburg, dem Kieler Stadt- und Schifffahrtsmuseum oder dem Wikinger Museum Haithabu.

Beispiel für ein Zertifizierungsschild am Eingang eines Museums. – *Foto: Dagmar Rösner*

Neben der Professionalisierung der teilnehmenden Museen bewirkt die Zertifizierung in der Regel auch eine Stärkung der Museen gegenüber ihren Trägern, Förderern und Sponsoren sowie der Öffentlichkeit. So konnten im Rahmen der Zertifizierung Stellen geschaffen und erhöht, Budgets für die Öffentlichkeitsarbeit und die Inventarisierung eingerichtet, neue Besucherleitsysteme entwickelt und Dauerausstellungen modernisiert werden; nicht zuletzt wird in eine zertifizierte Einrichtung, deren Erhalt dauerhaft gesichert ist, eher investiert.

Viele der Herausforderungen, denen sich die Museen in Schleswig-Holstein stellen müssen, betreffen auch die Gedenkstätten zur Erinnerung an die Verbrechen des Nationalsozialismus. Neben ihrem politischen Auftrag sind sie gefordert, zeitgemäße Dauerausstellungen und didaktische Konzepte zu entwickeln, ihre Sammlung zu dokumentieren und fachgerecht zu bewahren, über ihre Inhalte zu forschen und eine angemessene Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Aus diesem Grund begann im laufenden Jahr ein intensiver Austausch zwischen dem Projekt Museumsberatung und -zertifizierung mit der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten. Im Mittelpunkt steht dabei die Idee, das Verfahren der Zertifizierung auch für die schleswig-holsteinischen Gedenkstätten zu öffnen. Wichtig ist hierbei, Fachberater einzubeziehen, die aus dem Bereich der Gedenkstättenforschung stammen, und Fortbildungen zu entwickeln, die auf die Bedürfnisse der Gedenkstättenarbeit abgestimmt sind.

Nach eingehender Diskussion wurde deutlich, dass eine Aufnahme der schleswig-holsteinischen Gedenkstätten in das Verfahren der Musemszertifizierung durchaus realistisch ist und bereits im Jahr 2019 die ersten Einrichtungen als „Zertifizierte Gedenkstätte" ausgezeichnet werden könnten. Der nächste Schritt wird nun ein für Herbst 2018 geplanter Workshop mit interessierten Mitarbeitern der Gedenkstätten sein, in dem die Anforderungen und ganz konkrete Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit erarbeitet werden.

Mit ihrer bewährten Struktur und der jahrelangen Erfahrung im Bereich der Beratung, Fortbildung und Qualitätssicherung von Museen bietet die Museumsberatung und -zertifizierung in Schleswig-Holstein auch für die Gedenkstätten eine große Chance, sich den Herausforderungen einer zeitgemäßen Präsentation, Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit zu stellen.

Dagmar Rösner, M.A., ist Leiterin des Projekts „Museumsberatung und -zertifizierung in Schleswig-Holstein",
www.museumszertifizierung-sh.de. ◄

BERICHTE UND INFORMATIONEN

Gedenkstättenkonzept: Aktive Rolle der Leitungsgruppe bei der Weiterentwicklung von Gedenkstätten

Brigit Janzen

Kulturministerin Karin Prien hat die Synergieeffekte durch den neuen Zuschnitt ihres Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftsministeriums in der Leitungsgruppensitzung vom 7. März herausgestellt. Sie betonte anlässlich der Sitzung, dass sie insbesondere im Schulbereich einen modellhaften Umgang mit der Erinnerungskultur anstrebe. Wünschenswert sei daher ein Konzept zur Verknüpfung von Gedenkstätten und Schulen als Schnittstellen mit besonders hoher gesellschaftspolitischer Bedeutung. Nach der konstituierenden Sitzung im Mai 2017 (siehe dazu NEWSLETTER 11/2017) kam die Leitungsgruppe Gedenkstätten und Erinnerungskultur unter dem Vorsitz der Kulturministerin zum zweiten Mal zusammen.

Ministerin Prien unterstützt das Ziel, dass möglichst alle Jugendlichen in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte mit Bezug zu NS-Verbrechen besuchen, dies aber eingebettet in das Unterrichtsgeschehen und qualitativ betreut mit Vor- und Nachbereitung. Sie sprach sich gegen eine Zwangsverordnung oder Verpflichtung zur Durchführung von Gedenkstättenbesuchen aus. In diesem Zusammenhang erhofft sich das Gremium durch den geplanten Gedenkstättenführer und die Überarbeitung der Internetseite der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) eine breitere Resonanz.

Die Frage, wie Jugendliche angesprochen werden können, die bislang kaum oder wenig Bezug zu Gedenkstätten haben, etwa auch BerufsschülerInnen, könnte nach Vorstellung von Ministerin Prien auch Thema für eine Master- oder Doktorarbeit sein. Hier gelte es, neue Spielräume durch den Koalitionsvertrag im Bund, auch gegebenenfalls hinsichtlich möglicher Bundesförderungen, auszuloten.

Ausführlich wurde über die wichtigsten derzeit laufenden und geplanten Projekte von BGSH und Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungskultur in Schleswig-Holstein (LAGSH) gesprochen. Durch die Zusammenarbeit mit der Museumszertifizierung wird der Professionalisierungsprozess weiter vorangetrieben. Allerdings gilt es hier, gerade die Ehrenamtlichen vor Ort behutsam mitzunehmen und sie nicht durch „Fortbildungsdruck" oder die Erhebung von Besuchszahlen zu überfordern.

Die Leitungsgruppe diskutierte ausführlich Fragen der personellen Situation vor Ort und des Einstiegs in die Hauptamtlichkeit sowie über neue Trägerkonzepte. Ministerin Prien sieht hierin mittel- bis langfristig einen eigenen Arbeitsprozess inklusive politischer Entscheidungen über regionale Trägerschaften auf kommunaler und Kreisebene, in den gegebenenfalls auch die Abordnung von LehrerInnenstunden einfließen könne.

Die Leitungsgruppe will den Prozess, wie sich die Gedenkstätten und Erinnerungsorte im Land mit Perspektive auf die nächsten zehn bis 15 Jahre weiterentwickeln, aktiv begleiten.

Dr. Brigit Janzen ist Referentin in der Abteilung Kultur des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein. ◄

Erhöhung der Zuschüsse für Schülerfahrten zu Gedenkstätten

Schleswig-Holsteins Schulen fahren immer häufiger mit ihren Schülerinnen und Schülern zu Gedenkstätten. „Wir haben immer auf die freiwillige Teilnahme gesetzt statt einer Verpflichtung. Das große Interesse zeigt uns nun, dass dies der richtige Weg war", so Schleswig-Holsteins Bildungs- und Kulturministerin Karin Prien. Deshalb wurden die Fördermittel für Schülerfahrten zu diesen historischen Orten nun noch einmal aufgestockt. „Die bisher vorgesehenen Mittel der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) sind schon vor Ende des Schuljahres ausgeschöpft und das, obwohl wir sie bereits um 5.000 Euro für 2018 erhöht hatten. Ich freue mich sehr, dass wir die Zuschüsse für die Schülerfahrten jetzt noch einmal verdoppeln können um insgesamt 15.000 Euro", sagte die Ministerin. Das Ministerium stellte dafür zusätzlich 8.000 Euro und die BGSH noch einmal 7.000 Euro bereit.

„Ich danke ausdrücklich der BGSH, ihrem Vorstand und dem Vorsitzenden, Professor Gerhard Fouquet, für die Bereitschaft, kurzfristig Mittel umzuschichten und so weitere Fahrten zu ermöglichen", sagte die Ministerin. „Wir wollen Anreize schaffen statt Pflichtbesuche vorzuschreiben: Ich unterstütze es ausdrücklich, dass Jugendliche in ihrer Schulzeit eine Gedenkstätte mit Bezug zu NS-Verbrechen – eingebettet in den Unterricht oder geeignete Projekte – besuchen und gut vor- und nachbetreut werden. Die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und eine klare, kompromisslose Haltung zu Antisemitismus ist Teil unserer Identität", betonte Prien.

Bezuschusst werden können Fahrtkosten zu Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein und zur KZ-Gedenkstätte Neuengamme. Informationen zur Antragstellung bei der BGSH finden sich hier.

Darüber hinaus können Klassenfahrten zu den Gedenkstätten in Auschwitz, Belzec, Kulmhof, Majdanek, Sobibor und Treblinka gefördert werden. Grundlage ist eine Vereinbarung des Landes Schleswig-Holstein mit der Bethe-Stiftung. Für die Abwicklung dieser Förderung ist das Internationale Bildungs- und Begegnungswerk in Dortmund zuständig. Details zu dieser Fördermöglichkeit gibt es hier. (*Thomas Schunck, MBWK/H.S.*) ◄

Aktuelles aus der Landesarbeitsgemeinschaft

Uta Körby

Zu den satzungsgemäßen Aufgaben der Landesarbeitsgemeinschaft Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e.V. (LAGSH) als Interessenvertretung gehört es, die Arbeit der Gedenk- und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein zu bündeln und zu stärken und ihre Anliegen auf politischer Ebene zu vertreten. Dies geschieht durch eine kontinuierliche Mitarbeit in verschiedenen Gremien, etwa in der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH), der Lenkungsgruppe Gedenkstätten und Erinnerungskultur des Kulturministeriums oder der „Kerngruppe Erinnerungskultur" in Kiel unter Leitung von Gerrit Schirmer sowie durch die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern auf Landes- und Bundesebene.

Einen Einblick in diese umfangreiche und wenig sichtbare Arbeit im Hintergrund erhalten die Mitglieder der LAGSH jeweils anlässlich der Mitgliederversammlungen durch den Bericht über das aktuelle Vereinsgeschehen. Öffentlich sichtbar wird die Tätigkeit der Landesarbeitsgemeinschaft aber zumeist erst durch die Organisation von Veranstaltungen, sei es in Kooperation mit anderen Partnern oder in Einzelregie. An vorderster Stelle steht dabei für die LAGSH die Aufgabe, sich für die Sicherung der zumeist ehrenamtlich aufgebauten und betriebenen Gedenkstätten einzusetzen und den notwendigen Prozess der Professionalisierung zu fördern.

Regionalkonferenz

Das Jahr 2018 begann am 12. Januar mit einer Regionalkonferenz in Ahrensbök, die in Kooperation mit der Gedenkstätte Ahrensbök vorbereitet worden war. Ziel dieser Veranstaltung war es, in der Region auf die Arbeit der Gedenkstätte aufmerksam zu machen und darüber hinaus bei den Vertretern der Politik ein Bewusstsein dafür zu schaffen, dass die Existenz der Gedenkstätte ohne Aussicht auf eine hauptamtliche Förderung in absehbarer Zeit gefährdet ist. Wie auch anderen rein ehrenamtlich geführten Einrichtungen zur NS-Geschichte in Schleswig-Holstein, droht der Gedenkstätte Ahrensbök durch die Überalterung von ehrenamtlichen Mitarbeitern und den weitgehend fehlenden Nachwuchs in letzter Konsequenz die Schließung, wenn Öffnungszeiten und Führungen nicht mehr gewährleistet werden können. Der vielbeschworene Generationenwechsel kann hier und an anderen Orten nur durch die Schaffung von hauptamtlichen Stellen gelingen, die das ehrenamtliche Engagement unterstützen und professionalisieren.

Podium und Publikum der LAGSH-Regionalkonferenz in Ahrensbök. – *Fotos: Dr. Jens Rönnau*

Regionalkonferenzen der LAGSH verfolgen den Zweck, einen Diskurs zwischen den engagierten Leitern eines Erinnerungsortes und den politischen Entscheidungsträgern in der Region in Gang zu setzen. Die Veranstaltung in Ahrensbök wurde eingeleitet mit Grußworten des Bürgermeisters, Andreas Zimmermann, und des Staatssekretärs im Kulturministerium, Dr. Oliver Grundei, der in Vertretung von Ministerin Karin Prien sprach. Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Vorsitzender der BGSH, benannte die Problematik der Trägerschaft, die in Ahrensbök – wie auch in Kaltenkirchen – von einem rein privatrechtlichen Verein geleistet wird.

Staatssekretär Dr. Oliver Grundei.

Dr. Thomas Lutz, Leiter des Gedenkstättenreferats in der Topographie des Terrors in Berlin, hielt das Eingangsreferat zur Bedeutung von regionalen Gedenkstätten als außerschulische Lernorte. Dr. Ingaburgh Klatt, ehrenamtliche Leiterin der Gedenkstätte, schilderte die prekäre Situation in Ahrensbök, die den erfolgreichen Aufbau der Einrichtung zu gefährden droht. Es schloss sich eine Podiumsdiskussion an, in der Lösungsmöglichkeiten für eine nachhaltige Zukunft der Gedenkstätte erörtert wurden. Auf dem Podium waren die Landtagsabgeordneten Sandra Redmann (SPD) und Marlies Fritzen (Bündnis 90/Die Grünen) sowie der Kreistagsabgeordnete Harald Werner (CDU) vertreten. Moderiert wurde die Diskussion von Uta Körby, der Vorsitzenden der LAGSH. Als Ergebnis der Veranstaltung wurden weitere Gespräche vereinbart, die in absehbarer Zeit eine Verbesserung der Lage in Ahrensbök erwarten lassen.

Diskussion mit Landtagsabgeordneten

Auf eine weitaus größere Öffentlichkeit war die Podiumsdiskussion mit Vertreterinnen und Vertretern aller Landtagsparteien gerichtet, die am 30. Januar im Schleswig-Holstein-Saal

des Landeshauses stattfand und mit über 150 Personen erfreulich gut besucht war.

Das Thema des Abends lautete „Lernen für die Demokratie – Gedenkstätten als Orte der historisch-politischen Bildung". Moderiert von der Journalistin Lena Gürtler (NDR), wurden die Fraktionsmitglieder von CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, AfD und SSW zu ihrer Einstellung und ihrem Eintreten für Gedenkstätten in den Bereichen der außerschulischen Bildung, der Professionalisierung und der Verbesserung von Öffentlichkeitsarbeit befragt.

Auf dem Podium diskutierten (v.l.): Lasse Petersdotter (Bündnis 90/Die Grünen), Annette Röttgers (CDU), Beate Raudies (SPD), Lena Gürtler (Moderation, NDR), Dr. Frank Brodehl (AfD), Jette Waldinger-Thierung (SSW), Anita Klahn (FDP).
Fotos: Dr. Jens Rönnau

Als Kooperationspartner begrüßte der Landesbeauftragte für politische Bildung in Schleswig-Holstein, Dr. Christian Meyer-Heidemann, die zahlreichen Gäste der Veranstaltung und würdigte das große öffentliche Interesse. Die weiteren Kooperationspartner dieser Veranstaltung – Prof. Fouquet für die Bürgerstiftung, Uta Körby für die LAGSH und Günter Neugebauer für die Landesgruppe Schleswig-Holstein von Gegen Vergessen – Für Demokratie – brachten die Stichworte zu den einzelnen Themenbereichen ein.

Karin Prien, Ministerin für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein, lehnte in ihrem Grußwort die Äußerungen der AfD-Funktionäre Björn Höcke und Alexander Gauland zur deutschen Erinnerungskultur entschieden ab, was vom Publikum mit großem Beifall bedacht wurde.

Grußwort von Ministerin Karin Prien im Landeshaus.

Insgesamt unterstützten die Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer die große Bedeutung von Gedenkstätten als außerschulische Lernorte für eine kritische Auseinandersetzung mit der Ideologie und den Verbrechen des Nationalsozialismus.

Exkursion nach Bremen

Ein beständiges Interesse der LAGSH ist es auch, den zumeist ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern von Gedenkstätten und ihrem Unterstützerkreis durch Besuche in Gedenkstätten außerhalb Schleswig-Holsteins Einblicke in die Arbeit anderer Einrichtungen zu ermöglichen und durch den gegenseitigen Austausch Anregungen für die eigene Praxis zu gewinnen.

Im vergangenen Jahr hatten wir eine gut besuchte Exkursion nach Bergen-Belsen organisiert. In diesem Jahr war das Ziel der „Denkort Bunker Valentin" in Bremen-Farge. Auch hier zeigte sich ein reges Interesse der Mitglieder, an der Tages-Exkursion teilzunehmen, die am 21. April per Bus von Kiel über Kaltenkirchen nach Bremen-Farge führte. Dort wurden wir von der wissenschaftlichen Leitung des Denkortes empfangen, Dr. Christel Trouvé und Dr. Marcus Meyer, die über die Geschichte des Ortes und die Konzeption des erst 2015 eröffneten Denkortes informierten. In einem geführten Rundgang konnten sich die LAGSH-Mitglieder eingehend mit dieser besonderen Immobilie und ihrer Geschichte auseinandersetzen.

Dr. Christel Trouvé (u.) und Dr. Marcus Meyer führen die Exkursionsteilnehmer/innen über das Gelände des Denkorts Bunker Valentin.
Fotos: Dr. Harald Schmid

Der über 400 Meter lange Bunker fungierte im Zweiten Weltkrieg als U-Boot-Werft der deutschen Kriegsmarine. In den Jahren 1943 bis 1945 wurden hier Tausende von Zwangsarbeitern aus ganz Europa eingesetzt, Zivilarbeiter ebenso wie Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Über 1.100 von ihnen kamen während der Bauarbeiten durch Unterernährung, Krankheiten und Willkür ums Leben. Noch kurz vor Kriegsende, für März 1945, war die Fertigstellung der ersten U-Boote geplant, doch dazu kam es nicht mehr, weil der Bunker durch zwei britische und US-amerikanische Luftangriffe schwer beschädigt und so die Bauarbeiten abgebrochen wurden. Der Bunker Valentin gilt heute als ein einzigartiges Relikt der nationalsozialistischen Rüstung und steht für den monströsen Wahn eines Eroberungskrieges.

FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften

Die LAGSH ist bundesweit vernetzt im FORUM der Landesarbeitsgemeinschaften, Erinnerungsorte und -initiativen in Deutschland, dem Zusammenschluss aller Landesarbeitsgemeinschaften in zurzeit sieben Bundesländern. Weitere Landesarbeitsgemeinschaften sind in Gründung. Das FORUM vertritt derzeit 276 Gedenkstätten und Erinnerungsorte.

Im Frühjahr hat sich das FORUM einer Stellungnahme des „Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistische ‚Euthanasie' und Zwangssterilisation" angeschlossen, die sich mit Nachdruck gegen die unterstellte Verbindung von Krankheiten und Behinderungen durch die „massenhafte Einwanderung" wendet, wie es in einer kleinen Bundestagsanfrage der AfD formuliert wurde. Die differenzierte Auseinandersetzung mit dem rechtspopulistischen Sprachgebrauch im angeblichen Zusammenhang von Migration, Behinderung und übertragbaren Krankheiten ist nachzulesen auf der Webseite des FORUMS. Eine Weiterverbreitung der Stellungnahme, die bereits von zahlreichen Institutionen und Medizinern unterzeichnet worden ist, wird ausdrücklich gewünscht.

An der großen Veranstaltung des FORUMS „Wie weiter mit der Erinnerung an den Nationalsozialismus? Gedenkstätten und Erinnerungskultur zwischen Generationenwechsel, Rechtspopulismus und Antisemitismus" war die LAGSH mittelbar beteiligt. Sie fand am 16. April in der Vertretung des Landes Schleswig-Holstein beim Bund in Berlin statt. Als Mitglied im FORUM-Sprecherrat lag die Federführung der Veranstaltungsorganisation bei Dr. Harald Schmid, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bürgerstiftung und stellvertretender Vorsitzender der LAGSH. Kooperationspartner waren der Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland und das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes Schleswig-Holstein.

Mitgliederversammlung

Um den Mitgliedern die Möglichkeit zu bieten, die Entwicklung an den verschiedenen Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein zu verfolgen, wurde die diesjährige Mitgliederversammlung der LAGSH am 22. Juni in Ladelund abgehalten. Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte hoch oben im Norden hat eine neue, mit Mitteln von Bund, Land, BGSH und dem Kirchen-

kreis Nordfriesland realisierte Ausstellung erhalten, die im November 2017 mit einem großen Festakt eröffnet wurde. Raimo Alsen, der scheidende Leiter der Gedenkstätte, führte vor Beginn der Mitgliederversammlung die interessierten Besucher durch die Ausstellung und erläuterte die Konzeption.

Mitgliederversammlung der LAGSH in Ladelund.
Fotos: Dr. Jens Rönnau

Nach dem Rechenschaftsbericht über die vielfältige Arbeit der LAGSH und dem obligatorischen Kassenbericht erfolgte eine Diskussion über das Thema Gedenkstätten und Friedenspolitik. Sie war ausgelöst worden durch verspätet eingegangene Anträge, die wegen Formfehlern nicht behandelt werden konnten. Für eine eingehende Erörterung der Thematik soll auf einer zusätzlichen Veranstaltung noch in diesem Jahr Raum gegeben werden.

Erfreulich ist, dass die LAGSH die Mitgliedschaft von zwei neuen Erinnerungsorten verzeichnen kann: die Gedenkstätte KZ Kuhlen in Rickling in Trägerschaft des Landesvereins für Innere Mission in Schleswig Holstein und das Mahnmal Harrislee-Bahnhof, für das ein Arbeitskreis unter Vorsitz der ehemaligen Kulturministerin Anke Spoorendonk verantwortlich zeichnet. Über beide Orte wird im nächsten NEWSLETTER ausführlich berichtet werden.

Hauptpunkte im Rahmen der Mitgliederversammlung waren zwei Kurzvorträge zur Kontraktförderung und zur Museumszertifizierung. Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet, Vorsitzender der Bürgerstiftung, erläuterte die neuen Möglichkeiten, die sich durch die zwischen dem Kulturministerium und der Bürgerstiftung vereinbarte Kontraktförderung für die Finanzierung von längerfristigen Vorhaben auf Gedenkstätten ergeben. Die entscheidende Verbesserung, die damit verbunden ist, liegt darin, dass Projekte nicht mehr unbedingt im Kalenderjahr ihrer Bewilligung durchgeführt werden müssen und eine Förderzusage bis maximal drei Jahre erfolgen kann. Dadurch ist mehr Flexibilität bei der Umsetzung von Projekten und längerfristige Planungssicherheit möglich. Andererseits müssen aber auch die antragstellenden Gedenkstätten in umfassenderer Form als bisher über ihre Projekte und die dadurch ausgelöste Entwicklung für ihre Arbeit berichten.

Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet und Dagmar Rösner referieren in Ladelund.

Anschließend ging es um Chancen und Bedingungen einer Zertifizierung von Gedenkstätten. Dagmar Rösner, Projektleiterin Museumsberatung und -zertifizierung in Schleswig-Holstein, informierte über diese wichtige Professionalisierungsperspektive (siehe dazu

auch ihren Beitrag in diesem NEWSLETTER). Zwischen Museen und Gedenkstätten gibt es strukturelle Gemeinsamkeiten, einerseits beispielsweise auf Feldern wie Didaktik und Pädagogik, andererseits bei Themen wie Zuwegung, Erreichbarkeit, Ausschilderung, Öffnungszeiten und barrierefreien Zugängen. Gerade die kleineren, oft auch nur ehrenamtlich geführten Heimatmuseen in Schleswig-Holstein stehen dabei vor ähnlichen Problemen wie Gedenkstätten. Es geht dabei nicht nur um den Zugang zum Ort selbst, sondern ebenso um Internetauftritte und eine adressatengerechte Öffentlichkeitsarbeit. Beraten werden jeweils einzelne Einrichtungen, die an Fortbildungen zu den Standards für Museen teilnehmen können, um ein spezifisches, für ihre Einrichtung genau passendes Konzept zu entwickeln. Für die Finanzierung des Teilnahmebetrags von 1.000 Euro kann ein Förderantrag an die Bürgerstiftung gestellt werden. Ab sofort können Gedenkstätten ihr grundsätzliches Interesse an einer Beratung und Zertifizierung über die LAGSH anmelden. Über die Kurzinformation in Ladelund hinaus sind weitere Veranstaltungen mit Dagmar Rösner geplant.

Veranstaltungen im zweiten Halbjahr 2018

Über geplante Veranstaltungen der LAGSH werden die Mitglieder und Interessierte über Rundbriefe informiert. Bereits jetzt stehen folgende Termine fest:

- 21.–23. September: 12. Landesgedenkstättentagung: „1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation". Der Veranstaltungsflyer mit dem vollständigen Programm ist soeben erschienen. Die Tagung findet wie in den Vorjahren in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Malente statt. Anmeldungen sind bitte direkt an die Bildungsstätte zu richten.
- 16./17. November: „Standards und Herausforderungen der Vermittlungsarbeit in Gedenkstätten". Der zweitägige Workshop findet im Nordkolleg Rendsburg statt. Die Fortbildung wird von Mirjam Gläser geleitet. Eine gesonderte Einladung mit ausführlicheren Informationen erfolgt noch.

An dieser Stelle sei noch angemerkt, dass alle durchgeführten und noch geplanten Veranstaltungen der LAGSH nur durch die finanzielle und ideelle Unterstützung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten ermöglicht werden. Die Landesarbeitsgemeinschaft pflegt daher eine enge Kooperation mit der BGSH und dankt allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit.

Uta Körby ist Vorsitzende des Sprecherrats der LAGSH und Beisitzerin im Vorstand des Trägervereins der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. ◄

Wozu Gedenkstätten? Ein Vortrag von Jan Philipp Reemtsma und eine Diskussion mit Experten der Erinnerungskultur

Jens Rönnau

Mit über 250 Besuchern war der Schleswig-Holstein-Saal im Landeshaus Kiel restlos überfüllt, sodass eine Videoübertragung in einen Nebensaal notwendig wurde. Gewiss, ebenfalls in dieser Veranstaltung verlieh die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) ihren Wissenschaftspreis 2018 – die meisten waren jedoch gekommen, um ihn zu hören: Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma, einen der wichtigen Denker der gegenwärtigen sogenannten Erinnerungskultur, die sich mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte befasst, mit dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch. Für eine Diskussion waren zudem weitere Experten geladen: Prof. Dr. Stefanie Endlich, einst intensiv befasst mit der Diskussion um das Berliner Denkmal der ermordeten Juden Europas und profunde Kennerin der Gedenkstätten hierzulande, sowie Dr. Felix Klein, seit Mai 2018 „Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in

Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus". Die ebenfalls geladene Prof. Bascha Mika, Chefredakteurin der *Frankfurter Rundschau*, konnte wegen eines Unfalls nicht teilnehmen.

Großes Publikumsinteresse: Blick in den Schleswig-Holstein-Saal des Landeshauses Kiel.
Fotos: Dr. Jens Rönnau

So waren die Erwartungen an diesen Abend allseits hoch, denn der Diskurs, welche Rolle die deutschen Gedenkstätten und Erinnerungsorte angesichts wachsendem Nationalismus und offener Fremdenfeindlichkeit künftig spielen können, treibt viele Menschen um. Reemtsma ist Gründer und Vorstand der Hamburger Stiftung zur Förderung von Wissenschaft und Kultur sowie (bis 2015) des Hamburger Instituts für Sozialforschung, das einer breiteren Öffentlichkeit vor allem durch die beiden „Wehrmachtsausstellungen" bekannt wurde.

Er ließ es sich als Hauptredner nicht nehmen, seinen bereits 2003 in Kiel gehaltenen und mehrfach publizierten Vortrag „Wozu Gedenkstätten?" erneut in der Landeshauptstadt vorzutragen. Nun sind seine darin gefassten Gedanken zur Gedenkstättenkultur in der Gesellschaft durchaus grundlegend, etwa zum Themenkomplex Erinnern, wo er dem Vergessen und dem Verdrängen auch positive und menschlich notwendige Funktionen einräumt, und wo er fein differenziert zwischen psychisch möglicherweise notwendiger Verdrängung und politisch oder schuldbeladen motivierter Verleugnung.

Prof. Dr. Jan Philipp Reemtsma beim Vortrag und auf dem Podium mit Guido Froese (Nordkolleg, Moderation), Prof. Dr. Stefanie Endlich und Dr. Felix Klein.

Der gesellschaftspolitischen Instrumentalisierung einer Mordopfer-Gedenkstätte, insbesondere, wie es in der DDR üblich war, erteilt Reemtsma eine klare Absage. Stattdessen misst er diesen Orten den „Modus der Sakralität" zu, die nicht eingefordert werden könne, sondern die sich bei den Menschen, die sich durch den Ort und seine Geschichte berühren lassen, von selbst einstellen könne. Er wendet sich daher gegen didaktische Konzepte und Zielvorgaben und geht davon aus, dass sich Bewusstsein und Scham bei empathiefähigen Menschen von allein einstellen würden. Ein „historischer Rückblick in der Nutzanwendung für die Gegenwart" indes gehe nicht auf.

Felix Klein widersprach dieser Haltung vehement: Gedenkstätten sollten gerade genutzt werden, um Menschen zu zeigen, wohin Menschenverachtung führen könne. Reemtsma konterte: „Gedenkstätten sind keine Instrumente, die man verwenden kann, um zu ...". Hier scheint sich eine Schere aufzutun zwi-

schen dem Blick auf den Ort an sich und dem dringend notwendigen Anspruch, gesellschaftlichen Fehlentwicklungen begegnen zu müssen. Stefanie Endlich wies darauf hin, dass sich die Bedeutung der Gedenkstätten mit den Jahren durchaus wandeln, weil sich der Blick auf die Orte durch gesellschaftliche Diskurse ändere. Nicht ohne Beängstigung fragte sie, was der zunehmend „touristische Blick" auf diese Orte heute bedeuten würde. Am Ende blieben die unterschiedlichen Positionen bestehen – und zahlreiche Besucher hätten sich mehr Lösungswege gewünscht, etwa die Haltung, dass man sich an Gedenkstätten und Erinnerungsorten offen gegenüber den sich stetig wandelnden Diskursen zeigt.

In diesem Sinne fragte Kultur- und Bildungsministerin Karin Prien: „Wie sind die Tricks der Rattenfänger von heute?" Sie fügte hinzu: „Wir brauchen Erinnerungskultur an authentischen Orten!" Schließlich überreichte sie in ihrer Funktion als Stiftungsratsvorsitzende der BGSH den mit 2.000 Euro dotierten Wissenschaftspreis 2018 an den Historiker Dr. Martin Göllnitz für seine Arbeit über nationalsozialistische Studentenführer an der Kieler Universität (siehe untenstehenden Bericht). Die Frage von Verdrängung oder Verleugnung stellt sich dabei heute weniger - es geht um Fakten, die endlich auf den Tisch kommen.

Dr. Jens Rönnau ist Vorsitzender des Vereins Mahnmal Kilian e.V. und Mitglied im Sprecherrat der LAGSH. ◄

BGSH-Wissenschaftspreis 2018 an Dr. Martin Göllnitz verliehen

Im zweijährigen Rhythmus vergibt die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) ihren Wissenschaftspreis. Ausgezeichnet werden herausragende wissenschaftliche Arbeiten insbesondere jüngerer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich etwa in Examensarbeiten, Dissertationen oder in regionalen Publikationen mit der Geschichte des Nationalsozialismus in Schleswig Holstein und der Erinnerung an diese Zeit auseinandersetzen.

In diesem Jahr fiel die Wahl auf den Historiker Dr. Martin Göllnitz. Er wurde ausgezeichnet für seine 2017 an der Philosophischen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel eingereichte Dissertation „Der Student als Führer? Handlungsmöglichkeiten eines jungakademischen Funktionärskorps am Beispiel der Universität Kiel 1927-1945".

Der Preis wurde im Rahmen der Vortrags- und Diskussionsveranstaltung „Wozu Gedenkstätten? Erinnern an den nationalsozialistischen Zivilisationsbruch heute" verliehen, die am 29. Juni im Landeshaus Kiel stattfand (siehe dazu den Bericht in diesem NEWSLETTER). In ihrer Funktion als Vorsitzende des BGSH-Stiftungsrats überreichte Kulturministerin Karin Prien den mit 2.000 Euro dotierten Preis an Martin Göllnitz.

Kulturministerin Karin Prien überreicht dem Preisträger Dr. Martin Göllnitz die Urkunde.
Foto: Dr. Jens Rönnau

Die Entscheidung über die Vergabe des Preises trifft der Wissenschaftliche Beirat der Bürgerstiftung. Dessen Vorsitzender, Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, begründete in seiner Laudatio die Auswahlentscheidung des Gremiums für Göllnitz auch mit dessen wissenschaftlichem Werdegang: „Sie sind ein glänzendes Beispiel dafür, dass auch heute noch ein solcher etwas krummer Weg zum hervorragenden Wissenschaftler möglich ist." Göllnitz' Studie sei hinsichtlich der Verbindung von breiter empirischer Grundlage mit theoriege-

leiteter Argumentation „Geschichtswissenschaft vom Feinsten". Seine Untersuchung trage „in erheblichem Maße zur Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus in unserer Region bei" und zeige, „in welchem Maße Geschichtswissenschaft aufklärerisch wirken kann".

Nach der Laudatio stellte der Preisträger den Ansatz und die Ergebnisse seiner Arbeit vor. Dabei dankte er besonders Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet als dem „Urvater dieses Projekts" seiner Forschungen zur Kieler Universitätsgeschichte im Nationalsozialismus und Prof. Dr. Karl Heinrich Pohl, der ihm „das kritische Denken von der Pike auf beigebracht hat".

Martin Göllnitz ist seit 2017 am Historischen Seminar der Johannes Gutenberg-Universität Mainz tätig. Seine Untersuchung ist 2018 als Band 44 in der Reihe „Kieler Historische Studien" beim Jan-Thorbecke-Verlag (Ostfildern) erschienen. *(H.S.)* ◄

Pinneberg: Ein monströses Kriegerdenkmal als Zeichen für „Gottes Gerechtigkeit"?

Jochen Hilbert

Wer den Bahnhof Pinneberg in Richtung Stadtmitte passiert, kann ein Bauwerk des Jahres 1934 wahrnehmen, das in der Nazi-Zeit errichtete „Ehrenmal", vorgeblich für Pinneberger Gefallene des Ersten Weltkriegs. Ein 5,5 Meter hoch aufgerichtetes Schwert verweist auf einen Reichsadler an der Stelenspitze, der ein nach Kriegsende entferntes Hakenkreuz trug. Die Inschrift lautet: „IN UNWANDELBARER TREUE ZUM VATERLAND UND IN DER HOFFNUNG AUF DEN SIEG LIESSEN 312 HELDEN DIESER STADT IHR TEURES LEBEN AUF DEM FELDE DER EHRE".

Kriegsverherrlichung – amtlich festgestellt

Mit diesem Missbrauch der toten Soldaten für Kriegsverherrlichung wollte und will sich eine kleine Bürgerinitiative nicht mehr abfinden. Erste Recherchen der Initiative „Mahnmal statt Kriegerdenkmal am Pinneberger Bahnhof" ergaben, dass dieses Bauwerk am 26. Februar 2016 unter Denkmalschutz gestellt wurde. Begründung: „Wichtiges historisches Zeugnis, das Aufschluss über die nationalsozialistische Diktatur und die damalige Kriegsverherrlichung gibt."

Die Initiative war sich einig: Der Denkmalschutz ist berechtigt, denn man sollte die Geschichte nicht vergraben, sondern aufklären und – ja – aus ihr lernen. Aber es darf weder bei dem Missbrauch der wehrlosen toten Soldaten noch bei einer womöglich von den Nazis erhofften kriegsverherrlichenden Wirkung bleiben. Pinneberg benötigt eine kluge und wirkungsvolle Ergänzung im Umfeld des Bauwerks, damit dieses zu einem Mahnmal wird.

Das beleuchtete Denkmal beim Bahnhof Pinneberg.
Foto: Jochen Hilbert

Nach einer Veranstaltung der Bürgerinitiative am 20. Juni 2017 unter dem Titel „Unwidersprochen" in der Christuskirchengemeinde, unweit vom Bauwerk, wurde in der Ratsversammlung gegen die Stimmen der CDU von der übrigen fast 70-Prozent-Mehrheit beschlossen, eine Arbeitsgruppe einzurichten. Diese sollte das Ziel verfolgen, dass „eine zusätzliche Darstellung zur Erinnerung und Mahnung an dem Kriegerdenkmal am Bahnhof geschaffen werden möge".

Kriegsverherrlichung – angestrahlt und geleugnet

Der zuständige Stadtentwicklungsausschuss setzte nach mancherlei Verzögerungen im Februar 2018 diese Arbeitsgruppe ein, in der neben den Vertretern der Ratsfraktionen unter anderem auch die religiösen Gemeinschaften und die Geschichtswerkstatt vertreten sind. Doch die Stadtverwaltung war nicht untätig geblieben. Rechtzeitig vor Weihnachten wurde das Kriegerdenkmal plötzlich von drei starken, vorher nie vorhandenen Strahlern morgens und abends beleuchtet und damit auch noch glorifiziert.

Das war für die Initiative der Anlass, am 30. Januar 2018 eine Protestkundgebung unter dem Motto „Kein Licht für Kriegsverherrlichung" durchzuführen. Daraufhin schaltete die Stadtverwaltung die Beleuchtung ab. Nun meldeten sich im Vorfeld der Kundgebung auch Sprecher der örtlichen CDU zu Wort:„(...) nur Menschen vom äußersten linken Rand bezeichnen das Denkmal als kriegsverherrlichend", zitiert das *Hamburger Abendblatt* vom 27. Januar 2018 den Ratsherrn der CDU, Florian Kirsch. „Das Schwert steht für Gottes Gerechtigkeit", wird Ratskollege Carl-Eric Pudor zitiert.

Sachverständigen-Anhörung – nicht nur Kriegsverherrlichung, sondern mehr

Nachdem die Arbeitsgruppe der Stadt am 27. März 2018 erstmals tagen konnte, wurde für den 8. Mai eine Sachverständigenanhörung angesetzt. Eingeladen waren Wolfgang J. Domeyer (VHS-Geschichtswerkstatt), Prof. Dr. Loretana de Libero (Universität Potsdam) und Ulrich Hentschel, Pastor i.R. Bei der historischen Einordnung des „Ehrenmals" gab es weitgehende Übereinstimmung zwischen den Sachverständigen.

Die Historikerin Loretana de Libero sagte im Rahmen ihres Vortrages in Pinneberg: „Das Pinneberger ‚Ehrenmal' war ganz im Sinne der nationalsozialistischen Denkmalstifter kein Ort der Trauer oder gar ein ‚Mahnmal' gegen den Krieg. Es diente als Kulisse für nationalistische Kundgebungen und Aufzüge, für den Empfang von Rekruten am Bahnhof ebenso wie für HJ-Appelle, den 1. Mai, den 9. November oder eben für den im März begangenen ‚Heldengedenktag'. Die Gefallenen des Ersten Weltkrieges wurden für die Selbstinszenierung des Regimes missbraucht. Mit Kriegsbeginn 1939 sollte ihr Tod ein weiteres Mal für die verbrecherische Politik der NS-Diktatur herhalten. Ihr ‚Opfer' sollte in diversen markigen Reden – nicht nur am Denkmal – Ansporn sein, den ‚Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verschuldetes Verbrechen' (Deutscher Bundestag, 15. Mai 1997), weiterzuführen. Auch nach dem Krieg diente das Denkmal ungebrochen politischer Erinnerung und Sinnstiftung, unter den Vorzeichen des Kalten Krieges in antibolschewistischer Ausrichtung. Im Zuge der Sanierung ist die seit 2016 denkmalgeschützte Anlage wiederum verändert worden, nunmehr durch eine Beleuchtungsanlage, die auf die Stele ausgerichtet ist (November 2017). Die Erinnerung an die Gefallenen wird dadurch ein weiteres Mal überlagert, wird doch das Denkmal, das ‚historische' Objekt als solches ‚angestrahlt'. Die Folgen von Krieg, Tod, Zerstörung, Hass und Gewalt bleiben im Dunkeln."

Geladene Expertin und Experten (v.l.): Wolfgang J. Domeyer, Prof. Dr. Loretana de Libero, Ulrich Hentschel. – *Foto: Karl-Heinz Stolzenberg*.

Ginge es nach den Voten der Sachverständigen, dürfte der nächste Schritt, die Ausschreibung eines Wettbewerbs für eine künstlerische Umgestaltung der Umgebung des Nazi-Denkmals, bald folgen. Aber nach den Erfahrungen der letzten eineinhalb Jahre seit Gründung der Initiative weiß man nie, was in Pinneberg noch an Widerstand zu erwarten ist, zumal sich die Machtverhältnisse in der Ratsversammlung verschoben haben, da SPD und Grüne ihre knappe Mehrheit verloren haben.

Aber die Bürgerinitiative ist optimistisch, dass Argumente mehr wiegen als politisches, nach Rechtsaußen schielendes Taktieren.

Jochen Hilbert ist Sprecher der Initiative „Mahnmal statt Kriegerdenkmal am Pinneberger Bahnhof". ◄

Ein Konzept für die Gedenkstätte: Workshop des Trägervereins Henri-Goldstein-Haus

Olaf Nuckel

Der Träger- und Förderverein Henri Goldstein-Haus Quickborn e.V. bereitet sich intensiv darauf vor, das ehemalige Lager für jüdische Kriegsgefangene– Teil eines Gebäudeensembles im Quickborner Himmelmoor – als eine weitere Gedenkstätte in Schleswig-Holstein zu etablieren. Das Gebäude befindet sich noch im Besitz der Landesforsten des Landes Schleswig-Holstein, ein Verkauf ist geplant. Sollte es zum Verkauf kommen, will der Verein bereit sein, ein tragfähiges Konzept für diese neue Gedenkstätte vorzulegen.

Erste Schritte auf dem Weg zu einem Konzept diskutierte der Verein im Rahmen eines Workshops, der am 5. Mai in den Räumen der Firma Metaplan in Quickborn stattfand. Als Moderator des Workshops konnte Metaplan-Geschäftsführer Dr. Thomas Schnelle gewonnen werden, der auch den Ablauf des Tages geplant hatte. Zu der Veranstaltung waren weitere, einschlägig kompetente Personen eingeladen, die ihre Erfahrungen mit Gedenkstätten und Museumsdidaktik einbrachten: Dr. Simone Eick, Leiterin des Deutschen Auswandererhauses Bremerhaven, Dr. Reimer Möller, Leiter des Archivs der KZ-Gedenkstätte Neuengamme, Uwe Czerwonka, Vorsitzender des Träger- und Fördervereins KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen, Annelie Fesser, ehemalige Denkmalpflegerin des Kreises Pinneberg.

Nach einer Vorstellungsrunde wurde das Gebäude des ehemaligen Kriegsgefangenlagers im Quickborner Himmelmoor besichtigt und der stellvertretende Bürgermeister der Stadt Quickborn, Klaus Hensel, gleichzeitig Vorsitzender des Himmelmoorvereins, nahm Stellung zum angedachten Ankauf der Gebäude im Himmelmoor: Der Verein Himmelmoor plant, die weiter vorhandenen Gebäude im Himmelmoor zu übernehmen und diese unterschiedlich für Museumszwecke und Vorträge einschließlich eines Cafés zu nutzen.

Die Workshop-Teilnehmer/innen bei der Besichtigung des Gebäudes und bei der Diskussion um ein Konzept für den Gedenkort. – *Fotos: Harald Maniezki*

Danach wurde im Hause Metaplan weiter am Thema gearbeitet. Die eingeladenen Fachleute diskutieren verschiedene Aspekte eines Gedenkstättenkonzepts unter der routinierten Moderation von Herrn Schnelle: die inhaltliche Ausrichtung der Gedenkstätte, möglicherweise zu erwartende Schwierigkeiten und potenzielle Partner bei der Umsetzung des noch zu erarbeitenden Konzeptes.

Herausgearbeitet wurden Ziele, die im Rahmen des folgenden Mitgliedertreffs diskutiert wurden. Dabei bildeten sich mehrere Klein-

gruppen, die das Weiterführen des Konzeptes verfolgten. Eine Gruppe wird sich mit der inhaltlichen Ausgestaltung aufgrund der Ergebnisse des Workshops beschäftigen, eine weitere Gruppe wird ein Konzept der geplanten Ausstellung einschließlich des Umgangs mit dem Gebäude erarbeiten. Diese Ausarbeitungen werden im Rahmen des nächsten Treffens vorgelegt, mit den Mitgliedern diskutiert und weiter verfolgt, sodass vielleicht zum Jahresende ein tragfähiges Konzept vorliegen wird. Insofern sieht der Verein einer möglichen Übernahme des Gebäudes beruhigt entgegen.

Olaf Nuckel ist Vorsitzender des Träger- und Fördervereins Henri-Goldstein-Haus Quickborn e.V. und Beisitzer im Trägerverein der KZ-Gedenkstätte Kaltenkirchen in Springhirsch. ◄

„Urkatastrophe – Der Erste Weltkrieg und Kiel". Eine Ausstellung mit großem Begleitprogramm im Flandernbunker

Jens Rönnau

Wer sich mit der Zeit des Nationalsozialismus und dessen Verbrechen befasst, gerät bei der Suche nach Ursachen automatisch zur Zeit des Ersten Weltkriegs und den folgenden gesellschaftlichen Umwälzungen. Der Historiker und Diplomat George F. Kennan fand dafür 1979 den Begriff „Urkatastrophe dieses Jahrhunderts". Dessen vielschichtige Bedeutung und die zahllosen Bezüge des Nationalsozialismus zu jenem Krieg sowie die aktuelle Wiederentdeckung der Bedeutung von Matrosenaufstand und Revolution 1918 hat der Verein Mahnmal Kilian zum Anlass genommen, eine entsprechende Ausstellung für den Kieler Flandernbunker zu entwickeln, dessen Name seinerseits für den Ersten Weltkrieg steht.

Der Verein verfolgt auf Basis des dunkelsten Kapitels der deutschen Vergangenheit eine Grundidee: Die Vermittlung von Geschichte zur Friedensförderung und Völkerverständigung. Wer sich verständigen will, muss auch miteinander reden. Darum waren zur Eröffnung der Ausstellung „Urkatastrophe – Der Erste Weltkrieg und Kiel" am 8. Juli vier Persönlichkeiten um ein Grußwort gebeten worden, die quasi als Stellvertreter für vier verschiedene gesellschaftliche Bereiche stehen: als Politiker, als Soldat, als Pastor und als Bildungsvermittler.

Und so sprachen vier Redner aus sehr unterschiedlichen Perspektiven: Hans-Werner Tovar als Stadtpräsident der Landeshauptstadt Kiel, Alexander Koch als Fregattenkapitän und Standortältester des Marinestützpunktes Kiel, Michael Schwer als Pastor der Emmaus-Gemeinde Kiel-Wik und Christian Kniese als Mitarbeiter des Landesbeauftragten für politische Bildung. Sie bezogen sich aus heutiger Sicht auf jene noch immer unfassbare „Urkatastrophe" und reflektierten die Unterschiede damaliger und heutiger Rahmenbedingungen, teilweise mit dem dringenden Appell, sich vergangener Fehler aufrichtig zu widmen.

Mit den Putten-Exponaten (v.l.): Dr. Jens Rönnau, Christian Kniese, Michael Schwer und Alexander Koch. – *Foto: Marlise Appel*

Insbesondere Michael Schwer, einst Mitbegründer der Gedenkstätte Ahrensbök, forderte die Kirche als seine Institution auf, ihre Position weiter zu klären, auch in heutigen politischen Diskursen. Fregattenkapitän Alexander Koch hob die Bedeutung politischer Bildung der Soldaten heute hervor und gab bekannt, dass er eine Standortmitteilung im Kieler Stützpunkt herausgegeben habe, die Veranstaltungen, Workshops und Führungen des

Vereins Mahnmal Kilian zu dieser Ausstellung wahrzunehmen. In diesem Sinne freute sich besonders auch der Mitarbeiter des Landesbeauftragten für politische Bildung Christian Kniese, denn der Landesbeauftragte fördert das Vermittlungsprogramm des Vereins Mahnmal Kilian.

Die Ausstellung zeigt Facetten des Krieges: Die Rolle Kiels, von Politik, Medien und Kirche, ferner geht es um Schlachten, Gefangene, Kunst und Literatur, gezeigt werden auch persönliche Feldpostbriefe und Fotografien. Sie wird parallel zu den aktuellen Ausstellungen zum Matrosen- und Arbeiteraufstand von 1918 in Kiel, Schleswig-Holstein, Hamburg und an anderen Orten präsentiert. Im Flandernbunker zeigt der Verein Mahnmal Kilian den Krieg – den Weg dieser „Urkatastrophe" des 20. Jahrhunderts, der viele Menschen am Ende für ihre Rechte auf die Straße gehen ließ. In Zusammenarbeit mit der Landeshauptstadt Kiel, der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), der Nordkirche, dem Landesbeauftragten und zahlreichen Wissenschaftlern, Privatsammlern und Künstlern wurde diese vielfältige Ausstellung in den vergangenen vier Jahren vorbereitet, in Segmenten gezeigt und jetzt erweitert – insbesondere um Positionen aus Kunst und Literatur.

Über alle drei Geschosse des Flandernbunkers erstreckt sich die Ausstellung: Im Erdgeschoss empfängt ein kurzer Überblick mit Fakten zur Ereignisgeschichte des Ersten Weltkriegs, dann folgt ein Raum, den Pastor Ulrich Hentschel, einstiger Studienleiter für Erinnerungskultur der Evangelischen Akademie der Nordkirche in Hamburg, und seine Mitarbeiterin Marlise Appel gestaltet haben: „Für Gott und Vaterland" – ein verstörender Blick auf die Rolle der Kirche als kriegstreibende Kraft in Bildpostkarten und Predigttexten. Auch Exponate wie das obligatorische Uniformkoppel mit dem Spruch „Gott mit uns" oder zwei keulenschwingende Putten aus der Plöner Nikolaikirche, die auf einem Stahlhelm sitzen, finden sich hier. Sie wurden von Marlise Appel dort erst unlängst zufällig in einer Abstellkammer entdeckt.

Im zweiten Stock, wie auch großformatig auf der Außenwand des Flandernbunkers, empfangen farbige Luftbilder von Schleswig-Holstein, aufgenommen von Clemens Richter aus seinem selbstgebauten Doppeldecker. Seine bitteironisch einmontierten Originalaufnahmen abstürzender Kampfflugzeuge des Ersten Weltkriegs lassen alte Heldenmythen aufblitzen und sogleich Bezüge zwischen Technik- und Kriegsbegeisterung einst und jetzt entstehen. Die Arbeiten Richters sind der Auftakt zum Einbezug von Positionen aus Kunst und Literatur aus damaliger wie aus heutiger Zeit, die teils für sich stehen, teils in die historische Ausstellung einbezogen sind wie Claudia Sperlichs plastisches Comicpaar eines Matrosen mit der Sprechblase „ABER..." und einer Dame, die ein „DOCH." erwidert – beide aufgestellt im Bereich der Medienwirkung und des Matrosenaufstands, der von Studenten des historischen Seminars der CAU mit Knut-Hinrik Kollex erarbeitet wurde.

Eine massive Keramik von Susanne Kallenbach zeigt eine auf den Kopf gestellte Schachfigur mit dem Titel „Mürwiker November oder wem hamse die Krone jeklaut?" (2018). Sie steht direkt unter einer Großaufnahme des einstigen Kieler Flanderndenkmals von 1927, dessen intendierter Mythos des Marinekorps Flandern auch dem Bunker später seinen Namen gab. Das martialische Denkmal war seinerzeit ein Werk von Fritz Theilmann aus den Werkstätten der Kieler Kunstkeramik, die 1924 mit städtischer Unterstützung als Friedensindustrie begründet worden waren. Dass 1928 auch der „Geistkämpfer" von Ernst Barlach im Stadtzentrum als freie Arbeit errichtet worden war, der alsbald von den NS-Schergen wieder entfernt wurde, setzt in der Ausstellung einen spannenden Bilderzyklus in Gang.

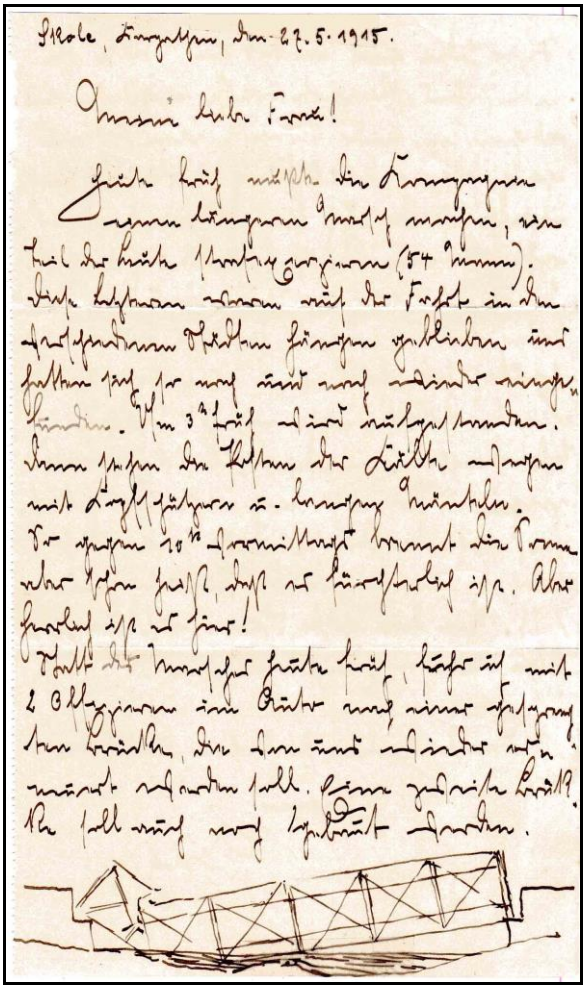
Dazu sind Grafiken von Barlach, Käthe Kollwitz, Max Slevogt und Otto Dix gruppiert sowie Gedichte und Textausschnitte von Ricarda Huch, Ernst Jandl oder aus dem 1930 erschienenen Roman „Heeresberich" von Edlef Köp-

pen. Gegenüber gibt ein Lämpchen aus einer umgedrehten Schiffssilhouette grelle Morsezeichen: Wer sie entziffern kann (oder eine Texthilfe liest), entdeckt Zitate rund um das Thema Revolution von der Antike bis zur Gegenwart – eine Arbeit von Clemens Franke aus dem Jahr 2018.

Und dann ist da noch jener Stahlkäfig in den Maßen der umstrittenen Guantanamo-Käfigzellen, den man betreten kann – ein Gemeinschaftswerk von Jutta Rika Bressem und Mona Strehlow mit dem Titel „Für Freiheit und Demokratie". Sie fordern die Besucher zu Stellungnahmen durch Stempeldrucke auf, die entweder das Wort „Helden" oder „Verräter" auf einem Zettel erscheinen lassen. Dieser Ausdruck ist dann je in eines von drei roten Kästchen einzuwerfen: „Aufständische 1918 – Frieden und Brot", „Aufständische 1968 – Gegen den Muff von 1000 Jahren" oder „Pegida 2018 – Merkel muss weg – wir sind das Volk".

Im Nebenraum geht es dann um eine sehr persönliche Note jener Völkerschlachten vor 100 Jahren: um die „Post vom Krieg" Es sind drei Beispiele von Briefen und Fotografien von der Front in die Heimat: Magnus Iwens an seine „liebe kleine Frau" Emmy, Rudolph Grimm an seinen Sohn Rudolph Junior sowie Wilhelm Adam an seine Tochter Vera. Man kann manches vom Kriegsverlauf nachvollziehen, aber auch, wie die Soldaten sich im Schreiben mühten, die schrecklichen Realitäten, in denen sie steckten, für ihre Familien auszublenden oder abzuschwächen.

Spannend ist dabei auch das zutage tretende damalige Russlandbild der Deutschen, die weniger den „schrecklichen Ivan" zeigen als die dortigen Menschen, Landschaften und Bauwerke. Wertvolle Unterstützung für diesen Teil der Ausstellung leisteten die Nachfahren Ingelene Rodewald, Lutz Grimm und Vera Schmiedel mit ihren Privatsammlungen und Texttranskriptionen. Und auch für diesen Raum hat die Keramikerin Susanne Kallenbach eine Arbeit geschaffen, die ausgeht von einem originalen „Henkelmann", der seit dem Ersten Weltkrieg von ihrer Familie zum Beerensammeln genutzt wird.



„Post vom Krieg". – *Fotos: Dr.Jens Rönnau*

Die ebenfalls aus persönlichen Dokumenten durch den Historiker Thore Beckmann erarbeitete Abteilung „Kartentisch und Schützengraben" zeigt das wahre Elend und die Diskrepanzen zwischen militärischer Führung und Soldaten. Es sind zwei Perspektiven auf den Ersten Weltkrieg. So werden Facetten des Kriegsgeschehens aus der Sicht des Stabsoffiziers Fritz von Loßberg und aus der Perspektive unterschiedlicher Frontsoldaten dargestellt. Loßberg war in verschiedenen Korps- und Armeekommandos sowohl an der Ost- als auch an der Westfront im Einsatz. In seinen Memoiren zeichnet er ein Bild des Krieges, der über lange Zeit an zwei Fronten stagnierte. Er eskalierte zu einer reinen Materialschlacht, wobei auch Menschenleben zum „Material" zählten.

Loßbergs Schilderungen unterscheiden sich deutlich von denen in der Feldpost der „einfachen" Soldaten. Nicht zuletzt weist seine Sprache auf die konträren Sichtweisen und die sozialen Spannungen zwischen Befehlshabern und Ausführenden hin, die schon kurze Zeit nach Ausbruch des Krieges offensichtlich wurden – sie wurden letztlich entscheidende Faktoren, die Widerstandsgeist bei den Soldaten wie auch in der übrigen Bevölkerung entfachten.

Mindestens acht Millionen Soldaten aller beteiligten Nationen gerieten im Ersten Weltkrieg in Gefangenschaft. Die Ausstellung spürt zwei Sonderfällen darunter nach: Wie kamen deutsche Kriegsgefangene nach Japan und wie muslimische Kriegsgefangene nach Deutschland? Diese Fragen beleuchteten der ehemalige Vorsitzende der Deutsch-Japanischen Gesellschaft Dr. Peter Janocha und die Kunsthistorikerin Eva-Maria Karpf. So waren die deutschen Soldaten ursprünglich als Schutztruppen in der Bucht von Kiautschou auf der chinesischen Halbinsel Shandong mit dem kleinen Hafen Tsingtau, welche das Kaiserreich China per Pachtvertrag als Kolonie abgetrotzt hatte. Durch das japanisch-englische Beistandsabkommen hatte Japan die Soldaten nach kurzem Kampf als Gefangene in Lager nach Japan überführt, in denen sich überraschenderweise ein ausgeprägtes Kulturleben entwickelte – bis hin zu jener legendären Aufführung von Beethovens 9. Sinfonie mit Schillers „Ode an die Freude" (Alle Menschen werden Brüder) durch den schleswig-holsteinischen Ober-Hoboistenmaat Hermann Richard Hansen, die seitdem zum japanischen Kulturgut geworden ist.

Aus ganz anderen Gründen ließ das Deutsche Reich für die muslimischen Kriegsgefangenen aus dem englischen, französischen und russischen Heer in Zossen-Wünsdorf bei Berlin ein Vorzugslager mit eigener Moschee errichten: Einerseits forderte dies das verbündete osmanische Reich für seine Gläubigen, anderseits sollten hier die gefangenen Moslems der Entente-Mächte als Soldaten auf die deutsche Seite gezogen werden – ein Plan, der scheiterte.

Schließlich wird der Rolle der heutigen Landeshauptstadt im Ersten Weltkrieg ein größerer Bereich gewidmet – war Kiel doch seit 1871 „Reichskriegshafenstadt" und durch Militär und Rüstung von einem knapp 20.000 Einwohner umfassenden Städtchen bis 1914 zu einer Großstadt mit der zehnfachen Bewohnerzahl expandiert. Umliegende Dörfer waren eingemeindet worden, eine Fischersiedlung für Werftzwecke umgesiedelt. Die Stadt wurde zur Rüstungsschmiede und mit einem Ring von Festungen entlang der Förde umgeben bis hin zu einem hochgerüsteten Flughafen. Dass letztlich erst im November 1918 in Kiel die ersten scharfen Schüsse während der Revolution fielen und in Kiel fast nur jene Soldaten starben, die dort per Schiff in die Lazarette gelangt waren, ist eine besondere Note dieser Zeit. Die Historiker Stefan Wendt und Jens Hüners haben diesen Teil bearbeitet.

Blick in den Ausstellungsbereich zur Medienwirkung.

Unterdessen hatte ihr Kollege Knut-Hinrik Kollex am Historischen Seminar der Kieler Universität mit Studenten im Rahmen eines Seminars die Rolle der Kieler Medien für den Krieg herausgearbeitet. Allein das Lesen der Titelseiten verschiedener Zeitungen von den Tagen rund um den Ausbruch des Ersten Weltkriegs ist eine spannende Lektüre: So gab es auch deutliche Stimmen die mahnten, diesen Krieg nicht zu führen – man hatte Angst vor den Entwicklungen. So wurden die lokalen Medien aus dem Raum Kiel ausgewertet und

unter verschiedenen Themen betrachtet, etwa zum Ausbruch des Krieges, zur Skagerrakschlacht oder zum Ende mit dem Aufstand der Matrosen und Arbeiter in Kiel.

Im Zwischengeschoss des Bunkers, das vor allem der Zeit des Nationalsozialismus und dem Zweiten Weltkrieg gewidmet ist, wurde ein Dunkelraum für die Schrecken des Ersten Weltkriegs eingerichtet mit einem Video über Kriegsversehrte und einen „Kriegszitterer" aus dem historischen Film „Shell Shock Verdun 1916" und Fotografien aus dem 1924 von Ernst Friedrich herausgegebenen Buch „Krieg dem Kriege".

Der „Dunkelraum" der Ausstellung mit Fotografien von Kriegsversehrten.

Ein umfangreiches Begleit- und Vermittlungsprogramm umfasst zehn Einzelveranstaltungen vom Poetry-Slam über eine Künstlerperformance mit originaler Erde vom Grab des ersten gefallenen Soldaten des Krieges bis hin zu einem Fest der Völkerverständigung. Dazu werden Führungen und Workshops mit zehn verschiedenen Schwerpunkten angeboten.

Die Ausstellung ist bis zum 31. März 2019 zu sehen im Flandernbunker, Kiellinie 249, 24106 Kiel (www.mahnmalkilian.de). Geöffnet Montag bis Freitag jeweils 11 bis 15 Uhr, Sonntag 11 bis 17 Uhr. Der Eintritt beträgt 4 (ermäßigt 3) Euro. Der Ort ist nicht barrierefrei. ◄

Rosen für das Lernen aus der Geschichte: Eirene-Tour 2018

Karin Penno-Burmeister

„Mitte April bin ich in Rumänien, eingeladen, das Thema Diskriminierung/Verfolgung/Deportation mit drei Gymnasialklassen in Sibiu (ehemals Hermannstadt/Siebenbürgen) zu bedenken." Paul-Ernst Cohen, deutscher Staatsbürger mit jüdischen Wurzeln, Gründungsmitglied und Präsident der Susanna-Cohen-Stiftung in der Schweiz, hat sich ein ehrgeiziges Projekt vorgenommen: Die „Eirene-Tour 2018". Finanziert und verantwortet wird das Projekt von der Susanna-Cohen-Stiftung. Es soll zwischen den Außengrenzen der Europäischen Union Zeichen setzen gegen Rassismus und Gewalt. Erinnerungskultur muss immer auch gegenwartsbezogen sein.

Per Fahrrad und Bahn bereist Paul-Ernst Cohen geografische Linien und exemplarische Orte der Geschichte von Verfolgung, Deportationen und Menschenrechtsverletzungen von Constanta (Rumänien) bis Skagen (Dänemark). Er besucht historische Orte ehemaliger Konzentrations- und Gefangenenlager, Orte der Zwangsarbeit, Fabrikstollen, Militärstandorte, Friedhöfe, geht in Seniorenheime, Schulen, Kooperativen, Buchhandlungen, Archive, Kirchen und Synagogen, sucht Kontakt mit Menschen aller Generationen. Und überall pflanzt er Rosen der Sorte „Eirene" als Botschafterin der Erinnerungskultur und Symbol für den Frieden.

Mit der Pflanzung der Rosen soll an allen Stationen der Tour auf die historischen Zusammenhänge aufmerksam gemacht werden, um nachhaltig politisches Bewusstsein zu wecken, Verständigung und das Lernen aus der Geschichte anzustoßen.

Vor Ort wird Paul-Ernst Cohen von Freiwilligen, Privatpersonen und Mitarbeitenden von Institutionen unterstützt, organisiert Zeitzeugengespräche, Begegnungen, Aktionen, oft in Schulen und auf öffentlichen Plätzen und in

Zusammenarbeit mit Sozial- und Bildungsinitiativen.

Die erste Etappe im April und Mai führte von Constanta (Rumänien) nach Györ (Ungarn). Unterwegs wurden 40 Eirene-Rosen gepflanzt. Insgesamt werden es bis Skagen weit über 100 Rosen sein, die an den ausgewählten historischen Orten künftig blühen.

Gepflanzte „Eirene" im rumänischen Constanta.
Foto: Susanna-Cohen-Stiftung

„Eirene", benannt nach der griechischen Friedensgöttin der Antike, ist das internationale Synonym der Rosensorte „Friedenslicht", die am 8. Mai 2015 auf Schloss Gottorf in Schleswig zur Erinnerung an das Ende des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges vor 70 Jahren als Charity-Rose ihren Namen erhielt. Seither unterstützt der Rosenzüchter Tantau aus Uetersen mit Spenden aus dem Verkaufserlös der Rosenpflanzen die friedenspädagogische Arbeit und das Lernen aus der Geschichte an den Gedenkstätten und Erinnerungsorten in Schleswig-Holstein. 2015/16 wurden diese Spenden von der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten an Projekte der Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein vergeben, 2017 wurde mit dem Erlös die Neugestaltung und neue Ausstellung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund gefördert. Seit 2018 werden zusätzliche Spenden aus Lizenzeinnahmen für internationale Projekte der Gedenkstätten in Schleswig-Holstein vergeben.

Mittlerweile hat die Rosensorte „Friedenslicht/Eirene" den europäischen Markt erobert und auch schon einige internationale Preise gewonnen: 2018 erhielt sie in Lyon/Frankreich die Goldmedaille der Rosiers Paysagers, in La Tacita/Italien wurde sie zur besten Strauchrose gekürt und am 2. Juli wurde sie auf Hampton Court/Großbritannien im Rahmen der offiziellen Feierlichkeiten zum 100-jährigen Gedenken an den Ersten Weltkrieg als Charity-Rose für die Friedensarbeit und das Lernen aus der Geschichte präsentiert.

Überall wird die Rose „Friedenslicht/Eirene" als Charity-Rose, Friedenssymbol und Botschafterin für das Lernen aus der Geschichte mit Interesse aufgenommen.

Karin Penno-Burmeister ist Leiterin des Fundraisingprojekts „ProGedenkstätten". ◄

„1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation". Programm der 12. Landesgedenkstättentagung 2018

Vom 21. bis 23. September findet die diesjährige Landesgedenkstättentagung in der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte in Bad Malente-Gremsmühlen statt.

Ist die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus ein „Generationenprojekt", wie oft zu lesen ist? Tatsächlich sind viele Gedenkstätten seit den 1980er-Jahren durch Personen und Initiativen erstritten worden, die sich der 68er-Generation zurechnen lassen. Inzwischen ist diese Generation im Renten- und Pensionsalter (aber häufig noch aktiv) und die Gedenkstätten befinden sich mitten im Generationenwechsel.

Just in dieser Phase müssen sich die Gedenkstätten und Erinnerungsorte Fragen nach ihrem Selbstverständnis stellen, nach ihren Aufgaben und ihrer Staatsnähe, besonders auch nach ihrem Verhältnis zu aktuellen gesellschaftlichen Konflikten wie Fremdenhass und Rassismus. Kurzum, wie können diese Orte Bedeutung für eine neue Generation erlangen und damit ihre eigene Existenz für die Zukunft verlässlich gestalten?

Beispielsweise durch ein erweitertes, politisches Selbstverständnis? Wie können zeitgemäße Bildungsangebote zukünftig gestaltet werden? Welche Anstrengungen sind erforderlich, um angemessen ausgestattete Jobs bieten zu können? Wie kann die ehrenamtliche, wissenschaftliche und vermittelnde Nachwuchsförderung verbessert werden? Mit welchen (neuen) Partner*innen lohnt es sich, Kooperationen zu pflegen?

Auf der Tagung wollen wir mit diesen Fragen Situationen und Interessen von Gedenkstätten identifizieren und Perspektiven für die zukünftige Arbeit eröffnen. Wir diskutieren über das politische Selbstverständnis, über zeitgemäße Bildungsangebote, über hauptamtliches Engagement und Veränderungsnotwendigkeiten im Ehrenamt. Unsere Arbeitsformen sind Vorträge, Workshops, World-Cafés und eine Filmvorführung. Im Mittelpunkt steht dabei die Leitfrage: „(Wie) müssen sich Gedenkstätten verändern?"

Die Tagung beginnt am Freitagabend traditionell mit einem wissenschaftlichen Vortrag. Der Berliner Historiker Prof. Dr. Wolfgang Benz wird zum Thema „1968 und der Nationalsozialismus" referieren.

Der zweite Tag beginnt mit dem Vortrag „Neue Generation, neue Geschichtsbilder?" des Kieler Historikers Gerrit Schirmer. Unter der Überschrift „Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation" werden anschließend vier Workshops zur vertieften Diskussion angeboten: 1. Politische Strategie: Geschichtsvermittler*in, Demokratiebildner*in oder politische Akteur*in? 2. Zielgruppen: Wen wollen wir erreichen und mit welcher Zielsetzung? 3. Inhalte: Was sind unsere Inhalte und unsere Ziele? 4. Jugendarbeit: Wird unser zentraler Agitationsraum das Altersheim? Am Abend steht die Präsentation des Dokumentarfilms „Was bleibt?" (D 2008) von Gesa Knolle und Birthe Templin auf dem Programm mit anschließender Diskussion mit den beiden Regisseurinnen.

Die Tagung wird am Sonntag fortgesetzt mit einem Vortrag zum Thema „Jahrgang 1968 – zur Geschichte der historisch-politischen Bildungsarbeit der Gustav-Heinemann-Bildungsstätte" von Friedrich Büßen, vormals Studienleiter just an dieser Bildungsstätte. Schließlich können die Teilnehmer/innen im „Zukunftslabor" gemeinsam über „Gedenkstätten (in Schleswig-Holstein) im Jahr 2028" nachdenken.

Das vollständige Tagungsprogramm inklusive der Anmeldemodalitäten finden Sie hier. ◄

Stellenausschreibung: Leitung der KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund

Der Ev.-Luth. Kirchenkreis Nordfriesland sucht für die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund spätestens zum 1. Februar 2019 eine/n Gedenkstätten-Leiter/in in Teilzeit (50 Prozent, unbefristet) mit einer wöchentlichen Arbeitszeit von 19,5 Stunden, vergütet mit der Entgeltgruppe K 12 Kirchlicher Arbeitnehmerinnen Tarifvertrag (KAT). Es wird angestrebt, die Stelle auf 75 Prozent anzuheben. Nach der Ende 2017 abgeschlossenen Neugestaltung der Gedenkstätte wünschen wir uns für dieses spannende Arbeitsfeld mit viel Gestaltungsraum eine engagierte, kommunikationsstarke, kritische Persönlichkeit mit ausgeprägter sozialer Kompetenz.

Die KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund ist eine der ältesten Gedenkstätten Deutschlands. Zeitzeugen und Interessierte aller Generationen treffen sich hier auf der Basis langjährig gewachsener Verständigung, Versöhnung und Friedensarbeit. Die Einrich-

tung ist die einzige kirchlich getragene KZ-Gedenkstätte Deutschlands.

Sie geht zurück auf eines von 87 Außenlagern des KZ Hamburg-Neuengamme, das im November 1944 in Ladelund/Nordfriesland errichtet wurde. In nur sechs Wochen starben von den 2.000 Häftlingen mindestens 300. Sie stammten aus 12 Nationen, 110 kamen aus dem niederländischen Dorf Putten. Die Toten wurden am Rande des Dorffriedhofs begraben, ihre Namen in den Kirchenbüchern der Gemeinde verzeichnet. Die Gräber sind seit 1950 Mittelpunkt des Gedenkens und der internationalen Begegnungen mit Angehörigen und Nachkommen der Opfer.

Das Dokumentenhaus in Sichtweite der Gräber beherbergt eine neue, im November 2017 eröffnete Dauerausstellung.

Die Arbeit in der Gedenkstätte ist wesentlich geprägt von der intensiven Zusammenarbeit mit Kirchengremien, ehrenamtlich Engagierten und den Nachkommen der Opfer, insbesondere aus Putten. Dabei werden Sie unterstützt von einer Geschäftsführerin und einer weiteren Mitarbeiterin. Wichtige Jahrestage für die Gedenkstätte sind der Volkstrauertag (mehrtägiger Besuch einer Gruppe aus Putten), der 27. Januar und der 2. Oktober (Gedenkveranstaltung in Putten).

Aufgaben:

- Wissenschaftlich-pädagogische Leitung der Gedenkstätte
- Personal-, Organisations- und Finanzverantwortung
- Weiterentwicklung der Gedenkstätte als außerschulischer und intergenerationeller Lernort
- Betreuung von Besucher/innen, Führungen
- Intensivierung der regionalen und überregionalen Vernetzungsarbeit, insbesondere zu Schulen
- Vertretung der Gedenkstätte in Gremien und Repräsentation nach außen
- Veranstaltungsorganisation und Öffentlichkeitsarbeit
- enge Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen; Kooperation mit anderen Gedenkstätten und Institutionen.

Anforderungen:

- geistes-, sozial- oder kulturwissenschaftlicher Hochschulabschluss, idealerweise in Neuerer Geschichte/Zeitgeschichte
- einschlägige pädagogische Berufserfahrung (auch mit Jugendlichen) in der historisch-politischen Jugend- und Erwachsenenbildung, vorzugsweise in zeitgeschichtlichen Gedenkstätten und Erinnerungsorten, idealerweise im Kontext von Opfern des Nationalsozialismus
- gute Kenntnis der Geschichte und Nachgeschichte des Nationalsozialismus
- Gremienerfahrung und Bereitschaft zur landes- und bundesweiten Kooperation
- Methoden- und Medienkompetenz
- verlässliche deutsche und englische Sprachkompetenz, Kenntnisse in Niederländisch und/oder Dänisch sind hilfreich
- Eignung für Leitungsaufgaben
- Organisationsgeschick, Teamfähigkeit, hohe Belastbarkeit, ausgeprägte Kommunikationsfähigkeit sowie soziale Kompetenz
- Sensibilität im Umgang mit Zeitzeugen und deren Nachkommen
- Führerschein der Klasse B und eigener PKW
- Bereitschaft zur Teilnahme auch an Abend- und Wochenendveranstaltungen.

Bitte nehmen Sie in Ihre Bewerbung einen Hinweis auf Ihre Kirchenmitgliedschaft auf. Unter Berücksichtigung der Regelungen des Geschlechtergerechtigkeitsgesetzes der Ev.-Luth. Kirche in Norddeutschland sind insbesondere Frauen zu einer Bewerbung aufgefordert.

Ihre aussagefähige Bewerbung senden Sie bitte ausschließlich per E-Mail bis zum 15. August 2018 (Eingang in der Gedenkstätte) an info@kz-gedenkstaette-ladelund.de. Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Kirchengemeinderats der Ev.-Luth. Kirchengemeinde St. Petri Ladelund, Sighart Baumgardt, Tel. 04666-988955.

KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund, https://kz-gedenkstaette-ladelund.de. ◄

LESEZEICHEN

AUFGEBLÄTTERT

Transport in den Tod

Ingo Wille

Im September 1940 trafen jüdische Patientinnen und Patienten aus ganz Norddeutschland in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn im Norden Hamburgs ein. Die schleswig-holsteinischen Patientinnen und Patienten hatten zuvor in den großen Heilanstalten Rickling, Neustadt, Schleswig-Stadtfeld, Lübeck-Strecknitz und Lübeck-Vorwerk gelebt, die sich in öffentlicher oder kirchlicher Trägerschaft befanden, oder in kleineren privaten Einrichtungen in den Kreisen Segeberg, Rendsburg, Plön und Pinneberg. Sie blieben nur kurze Zeit in Langenhorn: Schon am 23. September verließen sie zusammen mit den dort schon befindlichen jüdischen Kranken die Stadt wieder. Ihr Transport umfasste 136 Personen. Sie wurden noch am selben Tag in Brandenburg an der Havel in einem Teil des ehemaligen Zuchthauses mit Kohlenmonoxid vergiftet. Nur einer Frau, deren Anwalt sie in Berlin aus dem Zug holen konnte, waren zwei weitere Jahre Lebenszeit in der Anstalt Bendorf-Sayn bei Koblenz vergönnt, bevor sie in ein Vernichtungslager nach Ostpolen deportiert und dort ermordet wurde.

In meinem Buch „Transport in den Tod" mit dem Untertitel „Von Hamburg-Langenhorn in die Tötungsanstalt Brandenburg an der Havel – Lebensbilder von 136 jüdischen Patientinnen und Patienten" beschreibe ich ausführlich diesen ersten systematisch organisierten Mord an Menschen jüdischer Herkunft, der von Hamburg ausging.

Auf Anweisung der „Euthanasie"-Tarnorganisation Tiergartenstraße 4 in Berlin, bekannt unter dem Kürzel „T4", und in enger Zusammenarbeit mit dem Reichsministerium des Innern waren die Psychiatriepatientinnen und -patienten zuvor aus Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg für den Sammeltransport in der Heil- und Pflegeanstalt Langenhorn (heute Asklepios Klinik Nord – Ochsenzoll) zusammengezogen worden, um angeblich in eine „komfortable" Anstalt im Osten gebracht zu werden, die in Wahrheit nicht existierte.

Auch aus Schleswig-Holstein wurden Jüdinnen und Juden deportiert. – *Foto: Ingo Wille*

Die Angehörigen der Ermordeten erhielten Wochen oder gar Monate später eine Sterbenachricht zusammen mit einer fingierten Sterbeurkunde. Absender war eine angebliche „Irrenanstalt Chelm, Post Lublin". Ein fiktives Standesamt bescheinigte Ort, Zeitpunkt und Ursache ihres Todes. Als Sterbeort wurde stets die Stadt Chelm östlich von Lublin ange-

geben. Der eingetragene Todeszeitpunkt lag immer später als der tatsächliche. Die Todesursache lautete zum Beispiel Gehirnschlag oder Herzschlag. Die unwahren Eintragungen sollten die Gasmorde in Brandenburg verschleiern und einen natürlichen Todeseintritt vortäuschen. Die verspäteten Todeszeitpunkte dienten aber auch finanziellen Zwecken: Für den Zeitraum zwischen dem 23. September 1940 und dem behaupteten Todestag zog die Euthanasie-Zentrale nämlich noch Pflegegelder von den Kostenträgern ein, das heißt von der ehemaligen Jüdische Gemeinde Hamburgs, die jetzt Jüdischer Religionsverband e.V. hieß, und den Familienangehörigen.

Diese Mordaktion in Brandenburg an den jüdischen Menschen ist wenig bekannt. Offizielle Stellen gingen noch Jahre später davon aus, dass die fingierten Sterbeurkunden den tatsächlichen Ablauf dokumentierten. Gleichartige Mordaktionen an Menschen jüdischer Herkunft fanden in dieser Zeit auch in anderen Teilen des Deutschen Reiches statt.

In dem Buch „Transport in den Tod" gibt der Historiker und ehemalige Leiter der Gedenkstätte Hadamar Dr. Georg Lilienthal einleitend einen Überblick über die „Euthanasie"-Aktion. Ich erläutere die regionalen Abläufe der Mordaktion, vor allem aber präsentiere ich die Lebensbilder der betroffenen 62 Männer und 74 Frauen.

Die Publikation ist in der Reihe „Stolpersteine in Hamburg – Biographische Spurensuche" erschienen, deren bisher 20 Einzel- oder Doppelbände stadtteilbezogen die Lebensgeschichten von NS-Opfern beschreiben, für die dort Stolpersteine gesetzt worden sind. Dieser 20. Band weicht von den bisherigen ab. Er soll nicht nur den Mord an Menschen jüdischer Abstammung mit Behinderung oder psychischer Erkrankung in seiner ganzen Perfidie aufzeigen, sondern vor allem den Betroffenen durch die Biografien wieder Konturen oder – wenn ein Foto aufzufinden war – ein Gesicht geben. Auch soll - wenn möglich - für jede und jeden Einzelnen ein Stolperstein dort gesetzt werden, wo ihr letzter freigewählter Lebensmittelpunkt zu verorten ist.

Die Buchreihe wird herausgegeben von Dr. Beate Meyer, Historikerin am Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg, und Rita Bake, bisherige stellvertretende Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung in Hamburg. Der angezeigte Band ist auf Anfrage kostenlos erhältlich (annika.samesch@bsb.hamburg.de oder Postadresse: Dammtorstraße 14 20354 Hamburg). Er kann auch im Infoladen der Landeszentrale, Dammtorwall 1, 20354 Hamburg abgeholt werden (gegen eine Bereitstellungsgebühr von 3 Euro). Kontakt zum Autor: ingo.wille@gmx.net.

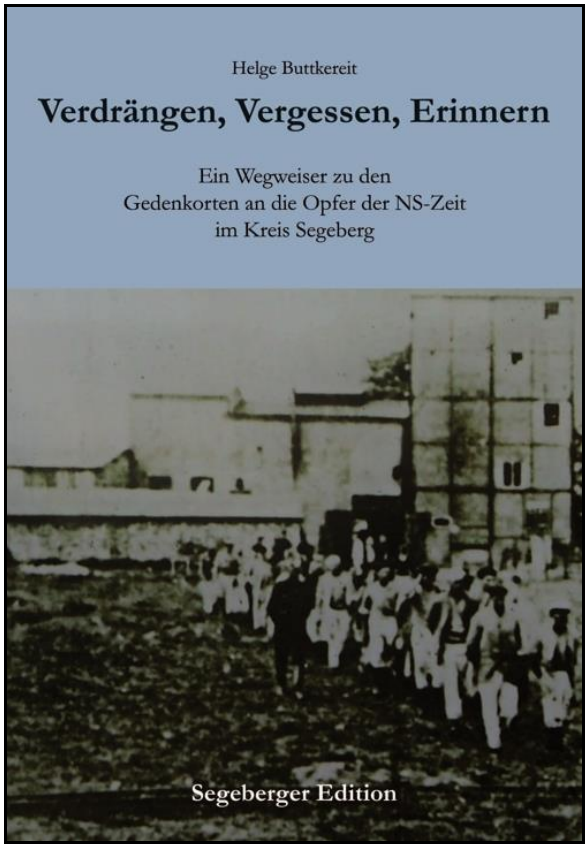
Ingo Wille ist Mitarbeiter in der „Stolperstein"-Initiative Hamburg und stellvertretender Staatssekretär im Finanzministerium Mecklenburg-Vorpommern a.D. ◄

Gedenkorte für NS-Opfer im Kreis Segeberg

Die Gedenkstätten in Schleswig-Holstein zur Erinnerung an Verbrechen und Opfer des Nationalsozialismus sind einer breiteren Öffentlichkeit nach wie vor zu wenig bekannt. Mitunter kennen selbst langjährig in der Gedenkstättenarbeit Aktive manche bedeutsame Orte im Land nicht. Eine erste regionale Abhilfe kann hier eine neue Übersichtsdarstellung bieten.

Unter dem Titel „Verdrängen, Vergessen, Erinnern" hat der Historiker und Journalist Helge Buttkereit in seinem 151 Seiten umfassenden „Wegweiser zu den Gedenkorten an die Opfer der NS-Zeit im Kreis Segeberg" erstmals einen fundierten und breiten Überblick vorgelegt. Nach einer ausführlichen Einführung beschreibt er Orte des Gedenkens in zehn Städten und Gemeinden des Kreises – von Norderstedt über Bad Bramstedt bis Sülfeld. Jedes Kapitel enthält neben der Darstellung der jeweiligen NS-Geschichte und der lokalen Nachgeschichte eine Übersichtskarte zur Ori-

entierung und Fotos vom porträtierten Gedenkort, mitunter auch Abbildungen aus der NS-Zeit. Zu jedem Erinnerungsort gibt es auch Hinweise zum Weiterlesen.



Ein Überblick über Gedenkorte im Kreis Segeberg. *Foto: Helge Buttkereit*

Grundlage des von der Bürgerstiftung geförderten Bandes sind Zeitungsartikel, die der Autor für eine Serie im „Hamburger Abendblatt" geschrieben hatte. Diese hat er für die Buchpublikation erweitert und überarbeitet sowie einige neu geschrieben. Erschienen ist das Buch bei der Segeberger Edition und kostet 12 Euro. Der Autor hat das Buch dem Historiker Dr. h.c. Gerhard Hoch (1923–2015) zum Gedenken gewidmet. In seinem Nachwort schreibt Buttkereit: „Wenn es vor Ort Menschen gibt, die sich aktiv in die Erinnerungskultur einbringen, dann können (…) neue Formen entstehen. Von selbst wird sich nichts ändern, höchstens läuft das Erinnern am Volkstrauertag aus und wird durch Schweigen ersetzt." *(H.S.)* ◄

Lübeck: Ausstellungskatalog der Gedenkstätte Lutherkirche

2018 jährt sich die Hinrichtung der vier Lübecker Märtyrer zum 75. Mal. Die Gedenkstätte Lutherkirche hat nun Inhalte der vor vier Jahren eröffneten Dauerausstellung „…ich kann dich sehen…" erstmals in einem Katalog veröffentlicht. Diesen hat die Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten maßgeblich finanziert.

Dr. Karen Meyer-Rebentisch (r.) überreicht Bildungsministerin Karin Prien und Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet jeweils ein Exemplar des druckfrischen Kataloges. – *Foto: Dr. Jens Rönnau*

Von Jahresbeginn bis Ende Mai 2018 arbeitete die Leiterin der Gedenkstätte Lutherkirche, Dr. Karen Meyer-Rebentisch, an dem Katalog, der mit 72 Druckseiten im Format DIN A4 erschienen ist. Eine beiliegende CD bietet ergänzende Dokumente sowie Unterrichtsmaterialien für Schulen und wissenschaftliche Hintergrundinformationen. Der Katalog kostet fünf Euro und ist in der Gedenkstätte sowie im Kirchenbüro erhältlich. *(Dr. Karen Meyer-Rebentisch/H.S.)* ◄

LITERATURHINWEISE

Angerer, Christian: Wozu brauchen wir NS-Gedenkstätten?, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 186, 6/2017, S. 31–33 (Online-Fassung)

Dybas, Boguslaw u.a. (Hrsg.): Auschwitz im Kontext. Die ehemaligen Konzentrationslager im gegenwärtigen europäischen Gedächtnis, Frankfurt am Main 2017 (Inhaltsverzeichnis)

Frese, Matthias; Weidner, Marcus (Hrsg.): Verhandelte Erinnerungen. Der Umgang mit Ehrungen, Denkmälern und Gedenkorten nach 1945, Paderborn 2018 (Inhaltsverzeichnis)

Gabriel, Regine (Hrsg.): „Es war sehr schön und auch sehr traurig". Frühes Geschichtslernen an NS-Gedenkstätten für Kinder von 8–12 Jahren, Frankfurt am Main 2018

Gryglewski, Elke: Zur Diskussion über sogenannte Zwangsbesuche in Konzentrationslagern, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 6/2018, S. 56–60 (Online-Fassung)

Haug, Verena: Antisemitismuskritische Bildungsarbeit in Gedenkstätten?, in: Meron Mendel; Astrid Messerschmidt (Hrsg.): Fragiler Konsens. Antisemitismuskritische Bildung in der Migrationsgesellschaft, Frankfurt am Main 2017, S. 155–169

Hermel, Shaun: Gedenkstätten im digitalen Zeitalter, in: Detlef Schmiechen-Ackermann u.a. (Hrsg.): Der Ort der „Volksgemeinschaft" in der deutschen Gesellschaftsgeschichte, Paderborn 2018, S. 486–496

Jah, Akim: Gedenkstättenarbeit mit Geflüchteten. Ein Überblick, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 6/2018, S. 46–48 (Online-Fassung)

Kollar, Elke: Aus-, Weiter- und Fortbildung im Bereich Bildung und Vermittlung. Die Perspektive der Museumspädagogik, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 6/2018, S. 30–36 (Online-Fassung)

Körby, Uta; Schmalfeld, Indre: Bildungsarbeit in kleinen Gedenkstätten in Schleswig-Holstein. Das Beispiel Kaltenkirchen, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 6/2018, S. 4–11 (Online-Fassung)

Kößler, Gottfried: Schule und Gedenkstätten. Ein Bericht über Lehrerausbildung und Kooperationen zwischen Schulen und Gedenkstätten, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 189, 6/2018, 6, S. 25–29 (Online-Fassung)

Küsener, Beke Jana: Kooperationen von Gedenkstätten und Schulen unter Betrachtung der Aufarbeitung des Nationalsozialismus in beiden Institutionen, Bachelorarbeit, Hochschule Neubrandenburg 2017 (Online-Fassung)

Lutz, Thomas, mit Marie Schulze: Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland. Eine Übersicht, in: Gedenkstätten-Rundbrief, Nr. 187, 9/2017, S. 3–17 (Online-Fassung)

Messerschmidt, Astrid: Gedenkstätten und Erinnerungsorte, in: Ingrid Gogolin u.a. (Hrsg.): Handbuch Interkulturelle Pädagogik, Bad Heilbrunn 2018, S. 425–428

Niklas, Juliane: Internationale Jugendarbeit an NS-Gedenkstätten, in: Martin Langebach; Hanna Liever (Hrsg.): Im Schatten von Auschwitz. Spurensuche in Polen, Belarus und der Ukraine, Bonn 2017, S. 520–527

Priwitzer, Sebastian: Gedenkstätten ohne Barriere, in: Gedenkstätten-Rundschau 19/2017, S. 22–27

Rentmeister, Hans: Die Entwicklung der KZ-Gedenkstätten in Deutschland nach der Befreiung und Gedanken über ihre Zukunft, Berlin 2017

Schoßig, Bernhard: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, in: Barbara Hanke (Hrsg.): Zugänge zur deutschen Zeitgeschichte (1945–1970). Geschichte – Erinnerung – Unterricht, Schwalbach im Taunus 2017, S. 157–167

Thünemann, Holger: Auschwitz unbekannt? Überlegungen und Thesen zum Umgang mit NS-Vergangenheit und Holocaust in Gedenkstätten, in: Geschichte für heute 11 (2018) 2, S. 26–34 ◄

TERMINKALENDER

Bitte beachten Sie auch den aktuellen Online-Veranstaltungskalender der BGSH.

Noch bis 1. September, KZ-Gedenk- und Begegnungsstätte Ladelund, Raiffeisenstr. 3, 25926 Ladelund

„Ravensbrück: Christliche Frauen im Konzentrationslager 1939–1945". Wanderausstellung im Dokumentenhaus der Gedenkstätte. Nähere Informationen finden Sie hier.

Noch bis 29. September, Mahnmal St. Nikolai, Willy-Brandt-Straße 60, 20457 Hamburg

„Vor uns lagen nur Trümmer". KZ-Häftlinge im Einsatz nach der „Operation Gomorrha". Ausstellung der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und des Mahnmals St. Nikolai. Nähere Informationen finden Sie hier.

Noch bis 21. Oktober, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg

„Ludwig Meidner. Im Nacken das Sternemeer". Ausstellung. Nähere Informationen finden Sie hier und hier.

29. Juli, 15:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensbök

„Der Tod auf dem Bahndamm. Die Tragödie der Evakuierung der Munitionsfabrik Lübberstedt". Sonntagsgespräch mit der Zeitzeugin Käthe Birkenfeldt.

9. August, Kultur- und Gedenkstätte Ehemalige Synagoge Friedrichstadt, Am Binnenhafen 17 25840 Friedrichstadt

„Willkommen im gelobten Land". Jörg Armbruster, langjähriger ARD-Korrespondent und Nahost-Experte, stellt sein Buch über Gespräche mit NS-Verfolgten in Israel. Nähere Informationen finden Sie hier.

26. August, 15:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensbök

„Was konnten sie tun? Widerstand gegen den Nationalsozialismus 1933–1945." Eröffnung der Sonderausstellung der Stiftung 20. Juli 1944 in Zusammenarbeit mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand.

21. bis 23. September, Gustav-Heinemann-Bildungsstätte, Schweizer Str. 58, 23714 Malente

„1968 reloaded? Gedenkstätten auf der Suche nach ihrer Bedeutung für die nächste Generation". 12. Landesgedenkstättentagung in Schleswig-Holstein. Programm und Anmeldemodalitäten finden Sie hier.

23. September, 15:00 Uhr, Gedenkstätte Ahrensbök, Flachsröste 16, 23623 Ahrensbök

„Nie wieder Krieg". Visionen einer europäischen Friedensordnung von Heinrich Mann und Willy Brandt. Sonntagsgespräch mit dem Historiker Prof. Dr. Jörg Wollenberg.

9. Oktober, 18:30 Uhr, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg

„Wozu ein jüdisches Museum heute?" Podiumsdiskussion anlässlich des 30-jährigen Jubiläums des Jüdischen Museums in Rendsburg.

3. November, 19:00 Uhr, Artur-Grenz-Saal, Am Freibad 7, 25451 Quickborn

„Die Grenzgänger". Konzert. Veranstalter: Trägerverein Henri Goldstein-Haus Quickborn. Nähere Informationen finden Sie hier.

7. November, Jüdisches Museum Rendsburg, Prinzessinstraße 7, 24768 Rendsburg

Festakt zum 30-jährigen Bestehen des Jüdischen Museums Rendsburg.

16./17. November, Nordkolleg Rendsburg, Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg

„Standards und Herausforderungen der Vermittlungsarbeit in Gedenkstätten". Workshop der LAGSH.

26. November, 19:00 Uhr, Europäisches Hanse-Museum, An der Untertrave 1, 23552 Lübeck

„Wozu erinnern?" Vortrags- und Diskussionsveranstaltung des Forums Erinnerungskultur Lübeck im Rahmen der Reihe „Zeit des Erinnerns". ◄

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten
Geschäftsstelle: c/o Nordkolleg Rendsburg
Am Gerhardshain 44, 24768 Rendsburg
info@gedenkstaetten-sh.de
Tel. +49 (0) 4331-1438-24
Fax: +49 (0) 4331-1438-20
V.i.S.d.P.: Prof. Dr. Dr. h.c. Gerhard Fouquet

Redaktion, Organisation und Layout:
Dr. Harald Schmid (H.S.)
Kontakt: harald.schmid@gedenkstaetten-sh.de
Tel.: 0152-31758461 ◄